teil. Ein während des Umsturzes in Kowno aktiv tätiges Mitglied des Sekretariats sagte:

„Die Bedrohung durch den Faschismus hat nur in der Presse eine Bewertung erfahren; in organisatorischer Hinsicht haben wir keinerlei Schritte unternommen, um gegen den Faschismus aufzutreten. Wir setzten in dem Kampfe gegen den Faschismus zu viele Hoffnungen auf die Sozialdemokratie und die Volkspartei."

Ein anderes Zentralemitglied sagte:

„Wir sahen nicht voraus, daß die faschistische Umwälzung so schnell stattfinden werde."

Die Untätigkeit unserer Partei am 17. Dezember erklärt er folgendermaßen:

„Die Arbeiter waren bereit, für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu kämpfen. In der Provinz seien Versuche gemacht worden, Verteidigungsausschüsse zu bilden, als es sich jedoch herausgestellt hätte, daß in der Hauptstadt nichts geschehe, seien auch diese Versuche aufgegeben worden."

Ein drittes Zentralemitglied führte aus,

„daß wir im entscheidenden Augenblick keine bestimmte Richtlinie gehabt hätten. Wir hätten vor dem Umsturz nichts Konkretes unternommen, um dem faschistischen Umsturz entgegenzutreten . . . . Wir hätten alles nur in der Presse getan."

Ein viertes und letztes Mitglied der Zentrale, das damals in Litauen in der Provinz tätig war, sagte:

„Während des Umsturzes hatten wir keine Richtschnur; in der Provinz wußte man gar nicht, um was es sich handelte. In organisatorischer Hinsicht haben wir nichts getan. Wir hatten eine Abweichung: in unseren Zellen wurde die Frage der faschistischen Gefahr nicht debattiert; wir hatten weder eine Organisation noch waren wir auf den Kampf gegen den Faschismus vorbereitet. Obwohl ein Genosse für die Arbeit im Heere in Aussicht genommen war, wurde keine Verbindung zum Heere, zu den Soldaten hergestellt, und der Umsturz traf uns gänzlich unvorbereitet . . . ."

Wie wir oben gesehen haben, hatte sie (die KP. Litauens Die Red.) sich überhaupt nicht darauf vorbereitet, im entscheiden den Augenblick die Führung des Kampfes gegen den Faschismus zu übernehmen, obwohl die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, Bauern und sogar der Soldaten ausgesprochen faschistenfeindlich eingestellt war. Infolgedessen konnte ein Häuflein Faschisten einen derart leichten Sieg davontragen. Die Führer in der Zentrale der KP. Litauens wurden überrascht und verhaftet; die Besten von ihnen, die Genossen Poshela, Petrowski und Joseph Greifenberger, wurden niedergemacht. Der Aufruf der Zentrale zum Generalstreik, der am Tage vor dem Umsturz verbreitet wurde, sowie der Versuch, eine militärische Formation gegen die Faschisten aufzubieten, zeitigten keinerlei Resultate.

*

Mit dem Grundfehler der KP. Litauens, auf den oben hingewiesen wurde und der zur Untätigkeit der Partei am 17. Dezember und zu dem so leichten Siege der Faschisten sowie zum Siege der Arbeiterklasse geführt hat, sind auch noch andere vor dem 17. Dezember begangene Fehler der Partei verknüpft. Hier muß vor allem auf die demokratischen Illusionen hingewiesen werden, denen man sich besonders im Sommer 1926, nach der Machtergreifung durch die Volksparteiler und Sozialdemokraten hingab. Nicht nur die Durchschnittsmitglieder der Partei, sondern zuweilen auch manche Mitglieder des führenden Organs begannen, „dem Demokratismus der Sozialdemokraten und Volksparteiler allzu großen Glauben zu schenken."

In dem Aufruf vom 14. Juni war die Rede von der Unterstützung „eines jeden Schrittes der neuen Regierung, der gegen die christlich-demokratische und faschistische Reaktion gerichtet ist."

Als nach den Maiwahlen zum Sejm, die die Niederlage der reaktionären Christlichen Demokraten herbeigeführt hatten, ein neuer Wind zu wehen begann, erfolgte ein großer Aufschwung der Arbeiterbewegung und eine Belebung auf dem flachen Lande. An vielen Orten fanden Massenversammlungen der Arbeiter statt; mancherorts wurden Demonstrationen veranstaltet. Bei diesen Meetings und Straßenkundgebungen wurden manchmal ultralinke Reden gehalten und ultralinke Parolen ausgegeben, die die Kehrseite derjenigen rechten Illusionen darstellen, von denen oben die Rede war. Am 13. Juni fand in Kowno ein ungeheuer großer Straßenumzug statt, dessen Leitung unsere Partei nicht an sich bringen konnte. Bei dieser Demonstration wurden einige Ausschreitungen zugelassen. Diese Tatsache lieferte für die gesamte arbeiterfeindliche Presse den Stoff für ihre Agitation. Von den reaktionären Klerikalen bis zu den Sozialdemokraten begannen alle die schmutzigste Kampagne gegen die Kommunisten. **Unter dem Druck dieser Angriffe erließ die Zentrale der KP. Litauens ein zeitweiliges Verbot der Demonstrationen. Dieses Verbot wurde erst im September aufgehoben, aber auch nachher, bis zum faschistischen Umsturz, wurde in Litauen von unserer Partei keine einzige Demonstration veranstaltet. Diesem Beschluß lagen folgende Motive zugrunde: unsere Demonstrationen gestalteten sich zu Kundgebungen gegen die Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten; sie führten zu einer abenteuerlichen Schürung des Kampfes gegen diese Regierung und waren also Wasser auf die Mühlen der Reaktion;** sie führten zur Konsolidierung der Bourgeoisie und zur Befestigung der Faschisten. **Aber aus den gleichen Beweggründen wurden zeitweilig auch Massenversammlungen untersagt, die angeblich zu Demonstrationen obenerwähnten Charakters ausarten konnten.**

Die Resolution des EKKI. anerkannte die vollkommene Richtigkeit der Stellungnahme der Zentrale der KP. Litauens in bezug darauf, daß die KP. damals nicht auf den Sturz der Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten hinsteuern konnte.

Falsch war desgleichen das Verhalten der Mehrheit der Zentrale der KP. Litauens gegenüber der Streikbewegung. Dieses Verhalten ergab sich aus dem mangelnden Glauben an die Möglichkeit eines Erfolges der Streikbewegung angesichts der damaligen Wirtschaftskonjunktur, aus der Schwäche der Gewerkschaften und aus dem Fehlen von Streikfonds. Dies hinderte die Partei daran, die Initiative zu ergreifen. Die Wirklichkeit hat indessen diese Befürchtungen Lügen gestraft: die Streikwelle ergoß sich über alle mehr oder minder großen Städte Litauens, und die Streiks endeten in den meisten Fällen mit einem wenigstens teilweisen Siege der Arbeiter. In diesen Streiks begannen unsere Organisationen bald durch die Gewerkschaften eine hervorragende Rolle zu spielen. Indessen wurde nichts getan, um die Streikbewegung auch auf die Landarbeiter auszudehnen, die in Litauen den größten Teil der Arbeiter ausmachen, um die wirtschaftlichen Streiks in politische zu verwandeln und um in diese Bewegung die Eisenbahner und die Postbeamten hineinzuziehen, bei denen eine starke Gärung vorhanden war. Dieses letztere stand offenbar gleichfalls im Zusammenhang mit der Furcht, den Kampf zu verschärfen und durch diese Verschärfung Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu leiten.

Das irrige Verhalten gegenüber den Demonstrationen und Streiks trug zweifellos während des faschistischen Umsturzes seine Früchte: ohne vorangegangene Vorbereitung und Stählung ist es unmöglich, die Arbeitermassen zum politischen Generalstreik und bewaffneten Aufstand zu bringen. Diese Mängel konnten nicht durch die unter der Regierung der Volksparteiler und Sozialdemokraten geleistete bedeutende Arbeit der KP. Litauens innerhalb der Gewerkschaften und durch die so erzielten ausgezeichneten Ergebnisse wettgemacht werden. In den Gewerkschaften zeigte sich eine sehr große Stärkung des Einflusses der KP., hauptsächlich aus dem Grunde, weil sich diese letzten Endes dennoch in dem Kampfe der Arbeiterklasse um die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse an die Spitze der Bewegung stellen konnte . . . .

Das anerkennt heute die ganze Zentrale der KP. Litauens. Das Septemberplenum 1926 der Zentrale der KP. Litauens erklärte durchaus zu Unrecht die Parole der Bildung von proletarisch-bäuerlichen Aktionsausschüssen zum Kampfe gegen die Reaktion und für wirtschaftliche und politische Teilforderungen als ultralinke Abweichung. Diese Parole, die den richtigen Gedanken eines proletarisch-bäuerlichen Blocks in sich einschließt, wurde vom Septemberplenum irrig als eine Aufforderung zur Bildung von Sowjets ausgelegt.

Alle diese Fehler trugen in bedeutendem Maße dazu bei, daß die KP. Litauens sich im Augenblick des faschistischen Umsturzes als unfähig erwies, die Massen zu irgendeinem Widerstand gegen die Faschisten aufzubieten, obwohl die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, der werktätigen Bauern und sogar der Soldaten gegen die Faschisten war.

Leider mußte das EKKI. in seiner Resolution konstatieren, daß nach Verlauf von mehr als einem halben Jahre seit dem faschistischen Umsturz in Litauen die KP. Litauens noch nicht ganz ihre Fehler eingesehen hat, die am 17. Dezember ihr Versagen herbeiführten."

Soweit Mitzkewitsch-Kapsukas. Er gibt immerhin zu, daß das Ekki die Politik der KP. Litauens in dem entscheidenden Punkt der Unterstützung der bürgerlichen Regierung gebilligt hat. Seine Hetze gegen die „Ultralinken" soll daneben neuen Verrätereien und „Einheitsfront"-Manövern Tür und Tor öffnen. Der Schafspelz dieses Wolfes hat beträchtliche Löcher.

Die 3. Internationale ist heute eine der stärksten Stützen der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Ihre Zertrümmerung und Vernichtung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben eben dieser Arbeiterklasse auf ihrem Wege zur proletarischen Revolution.

Völkerversöhnung. Mussolinis Unterstaatssekretär Grandi ist nach Genf gekommen, um mit Stresemann, Chamberlain und Briand Unterredungen zu haben. — Die „Völkerverständigung" **marschiert also, Sozialdemokratie magst ruhig sein.**

Auch die Türkei in der Antisowjetfront? Rom, 12. Sept. **Wie dem „Lavoro d'Italia" aus Konstantinopel gemeldet wird, besteht bei der türkischen Regierung die Absicht,** den Freundschaftsvertrag mit Rußland nicht zu verlängern. — Tausende Proletarier haben die widernatürliche Einheitsfront mit der türkischen Bourgeoisie, zu der sie von Moskau aufgefordert wurden, mit ihrem Leben bezahlt. Ueber die Leichen hinweg strebt die Bourgeoisie ihrem Klassenziele zu.

Aus der Bewegung

Stettin

Reichstreffen der „Roten Marine"!

Stettin. Der 3. und 4. September war ein Jubeltag der Komintern und Rot Front-Helden in Stettin. Die **gesamte Bevölkerung** Stettins war aufgefordert worden, Schinkenstullen, Erfrischungen und Rauchwaren zu spenden. Sogar „bürgerliche Spießer" und „Agenten Chamberlains" wurden mit dem Klingelbeutel besucht und mehrmals aufgefordert, den Schalmeien-Revolutions-Aufmarsch materiell zu unterstützen. Das beste Geschäft machten die Destillen und Saftläden, welche als Haupt- und Standquartier ausersehen waren. Ein imposanter Fackelzug leitete das Fest am Sonnabend, den 3. September ein. Am Schluß des Zuges ca. 50 schwerkranke Rot Front-Helden, am revolutionären Alkohol erkrankt. Am Sonntagmorgen um 7 Uhr wurden die Proleten durch ein Schalmeien-Frühkonzert in ihrer Sonntagsruhe gestört. Nachmittags 1 Uhr begann der große Aufmarsch. Ca. 2500 Mann (die Volkswacht schwindelt von über 6000) in Rot Front-Parade-Uniform bevölkerten die Hauptstraßen, um zum Festplatz zu ziehen. 100 Mann zeigten sich in Marine-Uniform. Man fragt sich instinktiv, wieviel von diesen Jünglingen überhaupt 1918 die Revolte mitgemacht haben, der größte Teil hat bestimmt noch die Schulbank gedrückt und fleißig: Gott strafe England gelernt. Der Aufmarsch auf dem Sportplatz vollzog sich in größter Ordnung. Wer keine Messing-Plakette an seinem revolutionären Busen trug, wurde von der roten Ordnungsschupo vom Platz gewiesen. Von der Tribüne begrüßte als Vertreter der Reichsbundleitung General Kasper die Massen. Rote Tage seien keine Festtage, sondern sie sollen die Massen für die proletarische Revolution vorbereiten. In Deutschland steht ein Heer von 250 000 Rot-Front-Kämpfern bereit für den Fall, daß die Bourgeoisie es wagen sollte, den Krieg gegen „Sowjet"-Rußland zu entfesseln. Aus Dankbarkeit hat die Belegschaft der staatl. Maschinenfabrik in Raysau eine schöne bunte Fahne gestiftet. Diese Fahne wurde von dem Kasper eingeweiht. Bei der Einweihung tanzte Kasper wie ein wilder Indianer auf der Tribüne umher, schlug mit den Fäusten um sich und rief den Beelzebub und alle kleinen Teufel zu Zeugen für seine revolutionäre Gesinnung auf. Viele der Rot Front-Kameraden verließen den Schauplatz dieses Possenreißers, um mit den Genossen der AAU. und KAP. zu diskutieren. Sie verlangten nach Propaganda-Material, um im Geiste Karl Liebknechts in ihre Provinzstädten für die proletarische Revolution vorzuarbeiten, bis sie einst ihren Fußtritt von der Bundesleitung erhalten und als bürgerliche Spießer verschrien werden. Wir ersuchen die Genossen, unbekümmert um das Geschrei ihrer Bonzen den geraden Weg weiter zu gehen, um eines Tages mit uns Schulter an Schulter zu kämpfen gegen die „kommunistischen" Parlamentarier und Futterkrippenanwärter für proletarische Räte der Revolution!

Aus der Fälscherzentrale des „Westfälischen Kämpfer"

Aus Dortmund wird uns geschrieben:

Der „Westfälische Kämpfer", Organ der KPD. für Dortmund, bringt in der Nr. 204 vom 30. August d. J. einen Artikel mit folgender Ueberschrift:

„Sozialdemokratische Gelder für ultralinke Parteizerstörer".

Im Anfange des Artikels schreibt die Fälscherzentrale:

„Die Zahl derer, die den Renegaten Korsch und Schwarz folgen, ist im Ruhrgebiet sehr gering." (?!! in Ikern, Herne, Bochum, Buer, Dortmund haben sich sehr beträchtliche Teile von der KPD. losgetrennt, und sind heute politisch bei der KAP. D. Red.). Die Mitgliedschaft hat die Phraseure erkannt. . . . . . Wenn wir nachstehend den Beweis dafür antreten, daß die sogenannte „Entschiedene Linke" (im Ruhrgebiet ist schon im Juli die EL. zur KAP. übergetreten) im Rhrgebiet für ihre Zersetzungsarbeit von der Sozialdemokratie mit Geld ausgehalten werden, insbesondere deshalb, um jenen Arbeitern, die noch Zweifel haben, ein für allemal zu zeigen, daß sie es, was Korsch und Schwarz und ihre kleinen Agenten im Ruhrgebiet betrifft, mit einer korupten Gesellschaft zu tun haben."

Die Ortsgruppe der früheren EL., jetzt KAP. Dortmund, hat auf den verleumderischen Artikel folgendes zu erklären:

Die Entschiedene Linke wurde seither in der Ruhrpresse der KPD. auf das schmutzigste bekämpft. Wir erinnern an den Fall des Genossen Koniesury, Herne, der im Mai d. J., nachdem er in Ikern in einer öffentlichen Versammlung der EL. sprach, im WK. als Spitzel der Polizei und des Diebstahls von Parteigeldern bezeichnet wurde. Nachdem die Redaktion aufgefordert wurde, den verleumderischen Artikel zu widerrufen, welches sie aber nicht tat, wurde der Gen. K. von dem Magistrat der Stadt Herne (da K. Stadtverordneter war) aufgefordert, sich zu rechtfertigen, und war so gezwungen, das bürgerliche — Gericht in Anspruch zu nehmen.

Der Landtagsabgeordnete Sabotka trat als Kronzeuge auf, und wenn der juristische Vertreter des Genossen K. den Sabotka nicht auf verschiedenes aufmerksam gemacht hätte, hätte Sabotka, der den Gen. K. unbedingt der Spitzelei und Unterschlagung weiter bezichtigen wollte, sich des Meineids schuldig gemacht. **Die Verleumder konnten die Verleumdungen nicht aufrechterhalten, und sämtliche Beschuldigungen fielen ins Wasser.**

*

Die Verbreiter dieser Verleumdungen wissen sehr wohl, daß die „Entschiedene Linke" nie etwas mit den Schlangenmenschen um Ruth Fischer, Scholem usw. zu tun hatte; aber sie wissen auch, daß sie außer Lügen und Verleumdungen nichts mehr vorbringen können. Wir werden aber dafür sorgen, daß diese „Kommunisten" als das gekennzeichnet werden, was sie sind. Gerade solch plumpe Lügen werden uns Gelegenheit geben, den Arbeitern zu beweisen, daß sie von politischen Bankrotteuren genasführt und betrogen werden."

Soweit unsere Genossen aus Dortmund. Wir haben schon in voriger Nummer der „KAZ." diesen Schurkenstreich angeprangert und fordern die Giftmischer hiermit öffentlich auf, konkrete Belege dafür zu erbringen, inwieweit Genossen der ehemaligen EL., die heute Mitglieder der KAPD. sind, an diesen Geschäften beteiligt waren. Wir wissen, daß der Nachweis nicht erbracht werden kann, und die Verleumdungen wissentlich in die Welt gesetzt werden. Wir werden jedoch Mittel und Wege finden, den Verleumdern die Zunge zu lösen.

*

Zu dieser Angelegenheit sendet uns Gen. Schwarz folgende Berichtigung, die dem „Ruhrecho" zugegangen ist.

An die Redaktion des „Ruhr-Echo"

Essen.

Zu Ihrem Artikel „Sozialdemokratische Gelder für ultralinke Parteizerstörer" im „Ruhr-Echo" vom 1. 9. 1927 Nr. 204 sind Behauptungen über die Entschiedene Linke und meine Person aufgestellt worden, die völlig aus der Luft gegriffen sind.

Meiner Ueberzeugung nach sind bewußt Handlungen, welche nach dem ganzen Inhalt nur von Anhängern der Ruth-Fischer-Opposition begangen sein können, mir persönlich oder der Entschiedenen Linken zugeschrieben worden, trotzdem Ihnen bekannt sein müßte, daß sämtliche vorkommenden Personen zu der genannten Gruppe gehören.

Ich muß allerdings annehmen, daß das „Ruhr-Echo" soweit politisch informiert ist, um in der Lage zu sein, die verschiedenen Oppositionsgruppen auseinanderzuhalten.

Ich bitte nunmehr auf Grund des § 11 des Reichspressegesetzes anliegende Berichtigung im Wortlaut in derselben Form und an derselben Stelle wie Ihre Notiz in Ihrer nächsten Nummer nach Eintreffen des Briefes zu bringen.

Dabei gestatte ich mir, Sie noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß ich auf keinen Fall gewillt bin, derartige Verleumdungen zu dulden.

Ich stelle fest:

1. Es ist unwahr, daß der Scheck der Sparkasse der Stadt Bottrop vom 5. 7. 27 ausgestellt von Herrn Gerhard Knebel jemals durch meine Hände gegangen ist.
   Vielmehr ergibt sich aus den eigenen Mitteilungen, daß der Scheck in den Händen des Gen. Kelch gewesen ist, welcher der Richtung Ruth Fischer angehört. Grylewicz gehört ebenfalls dieser Richtung und nicht der Entschiedenen Linken an.
2. Da sich auch ein Giro von mir oder einem Mitglied der Entschiedenen Linken auf dem Scheck nicht befindet und sich daraus ergibt, daß der Scheck nicht zirkuliert hat, so kann er auch nicht im Besitz eines Mitgliedes der Entschiedenen Linken gewesen sein.
3. Weder Mitglieder der Entschiedenen Linken noch ich haben jemals Geld von der sozialdemokratischen Partei oder von irgend einer anderen Person in deren Auftrag noch durch irgendeine Verbindungsperson erhalten.

Ernst Schwarz.

Berlin-Lichtenberg, Müggelstraße 18.

Mitteilungen

Reich

Leipzig.

Sympathisierende der KAP. und AAU. jeden Freitag abend im „Leutzscher Tor". Lindnau, Flemming-, Ecke Leutzscherstraße.

Chemnitz.

Sonnabend, den 17. September, abends 8 Uhr, Oeffentlicher Gruppen-Abend im Lokal „Stadt Kamenz". Unt. Aktienstraße.

Thema: **Die Aufgaben der Arbeiterklasse.** — Die Leser der „KAZ." und des „Kampfruf" sowie Sympathisierende sind hierdurch besonders eingeladen. Genossen, macht Propaganda für diesen Abend.

Groß-Berlin

4. und 18. Unterbezirk. Freitag, den 16. September, abends 7.30 Uhr, Unions-Sitzung in Weißensee. Lokal Fröhlich, Friedrichstraße 6, Ecke Streustraße.

Wilmersdorf.

Am Freitag, den 23. September, abends 7.30 Uhr, findet im Heim, Eisenzahnstraße 28, ein **Oeffentlicher Diskussionsabend** statt. Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage." Genossen, erscheint zahlreich!

Jugend!

Kampftag der Kommunistischen Jugend

am **Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25. September 1927** in **Fürstenwalde.**

Alle Partei- und Unionsgenossen werden gebeten, die Jugendkundgebung zu unterstützen. Treffpunkte und Näheres bei den Gruppenobleuten der KAJ. und in der nächsten Nummer der KAZ.

Der BAA. der KAJ.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

8. Jahrg. Nr. 72

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 17. September 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht angenommen.

Moskau hetzt die Proletarier in den Krieg

Moskau hat seit einem halben Jahre auffallendes Pech an allen Fronten seiner Außenpolitik. Es holt sich mit seiner „roten" Diplomatie Schlappe auf Schlappe. In China der antibolschewistische Blutkurs der Kuomintang-Bourgeoisie. In England die Ausweisung der Handelsvertretung und jetzt die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees. Zu gleicher Zeit in Frankreich der peinliche Fall Rakoswki, der die Stellung des russischen Botschafters schwer erschüttert hat.

Der französische Imperialismus nützt die außenpolitischen Mißerfolge Moskaus weidlich aus, um der russischen Regierung die Grundbedingungen diplomatischer Beziehungen zu diktieren. Rakowski soll aus Paris verschwinden — trotz seiner und Tschitscherins Loyalitätserklärungen. Die führenden Kreise der französischen Bourgeoisie wünschen einen russischen Botschafter, der nicht zwei Seelen in seiner Brust hat, der auch als bolschewistisches Parteimitglied dieselbe politische Sprache redet wie der „rote" Diplomat. Die große Presse in Paris schreit „weg mit Rakowski" und bekundet damit eindeutig, daß für das bürgerliche Frankreich auch schon die revolutionäre Geste der Moskauer Internationale untragbar für Handelsbeziehungen mit Rußland ist.

So befindet sich die russische Regierung Frankreich gegenüber in einer höchst unerwünschten Situation, in die sie sich durch die leninistische Politik der revolutionären Phrase selbst hineinmanöveriert hat. Rußland aber will die wirtschaftspolitischen Beziehungen mit der französischen Bourgeoisie weiter aufrechterhalten, weil es die Geschäftsabschlüsse mit ausländischen Kapitalisten lebensnotwendig braucht für den Aufbau seiner NEP.-Wirtschaft. Die Moskauer Regierungsbolschewisten lassen deshalb alle Minen springen, um wieder ein freundschaftliches Verhältnis mit dem imperialistischen Frankreich herzustellen. Welchen politischen Weg die „rote" Diplomatie in dieser Hinsicht wandelt, zeigt klar eine Meldung der russischen Telegraphenagentur vom 13. September über die Stellung der „Iswestija" (des offiziellen Blattes Rußlands) zur Angelegenheit Rakowski. Die „Rote Fahne" vom 14. September bringt die Wiedergabe der „Iswestija"-Ausführungen im Fettdruck auf der ersten Seite; es heißt da unter anderem:

„**Die Frage der Beziehungen zur Sowjetunion sei in Frankreich** eine Frage des Parteikampfes geworden, während sie **ausschließlich eine Frage der Nationalinteressen Frankreichs** sein sollte.

Die Sowjetregierung habe alles in ihren Kräften Stehende getan, um die Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu verbessern. **Die Direktion, die man Rakowski,** der seine schwierigen diplomatischen Pflichten aufs Loyalste erfüllte, **erteilte, nämlich der französischen Regierung den Abschluß eines Nichtangriffs- und Nichteinmischungsvertrages neben einem Uebereinkommen über die Regelung der Vorkriegsschulden vorzuschlagen, zeugten am besten von der Absicht, die Interessen der Sowjetunion und die Frankreichs in Einklang zu bringen.**

Angesichts der verschärften Kriegsgefahr, so schließt das Blatt, müssen alle Anstrengungen der Friedensanhänger, zu denen sich auch Frankreich zählt, darauf gerichtet sein, nicht Bedingungen zu schaffen, die diese Gefahr noch verstärken."

Die unter der Fahne des Leninismus marschierenden Proletarier, die täglich rufen: „Verteidigt die Sowjetunion", erfahren also hier aus dem Munde der Moskauer Regierungspresse, daß zwischen Frankreich und Rußland garnicht der Kommunismus als unversöhnlicher Todfeind steht. **Denn, laut „Iswestija", ist die Frage der russisch-französischen Beziehungen nicht etwa eine Frage der Arbeiterinteressen beider Länder, sondern „ausschließlich eine Frage der Nationalinteressen Frankreichs", das heißt: eine Frage der Profitinteressen der französischen Bourgeoisie!** Noch mehr! Die **russischen und französischen „National"-Interessen laufen schon so eng nebeneinander, daß die Moskauer „Sowjet"-Regierung der Pariser Imperialisten-Regierung einen Nichtangriffspakt, das heißt: eine machtpolitische Koalition vorschlagen kann!**

Während also die russischen und französischen leninistischen Proletarier rufen: „Verteidigt Rußland, den „ersten Arbeiterstaat", gegen den Weltimperialismus", — ist die Moskauer Regierung bereit, mit dem („friedlichen") französischen Imperialismus ein Militärbündnis einzugehen!

Daß dieser sowjetistisch-imperialistische Block Rußland-Frankreichs noch nicht zustande gekommen ist, hat keine ausschlaggebende Bedeutung. Das ist wirklich nicht die Schuld der „roten" Diplomaten, die ja nach der Versicherung der „Iswestija" „alles in ihren Kräften Stehende getan haben." Entscheidend für die Proletarier aller Länder sind hier nur die Konsequenzen, die sich aus der russischen Außenpolitik für die Taktik der von Moskau inspirierten dritten Internationale ergeben.

Gesetzt z. B. den Fall, „die Interessen der Sowjetunion und die Frankreichs wären in Einklang gebracht", d. h. ein russisch-französischer „Nichtangriffsvertrag" würde bestehen. Gesetzt nun den weiteren, durchaus möglichen Fall eines kriegerischen Konfliktes des französischen Imperialismus mit irgendeinem Staat, z. B. England. **In dieser Situation wäre die französische Leninistenpartei verpflichtet, mit ihrer einheimischen Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen.** Das ist eine platte Selbstverständlichkeit nach dem Programm der Komintern, nach den Erklärungen ihres Theoretikers Bucharin. Denn schon auf dem vierten Weltkongreß der dritten Internationale führte Bucharin am 18. 11. 1922, laut Protokoll Seite 420, folgendes aus:

„Es gibt . . . keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und **ich behaupte,** daß wir schon so gewachsen sind, **daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können,** um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern . . . **Bei dieser Form der Landesversicherung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.**"

Auf Grund dieser programmatischen Richtlinie der Komintern müßte in dem angeführten Falle die KPF. in der Tat eine nationale Einheitsfront mit der eigenen Bourgeoisie herstellen, das heißt: **die französischen Proletarier zum Kampf für die Interessen ihrer Imperialistenklasse aufrufen,** — um dem militärischen Block Frankreich-Rußland „zum Siege zu verhelfen"! Und **die Moskauer Regierung würde — wie 1922 bis 1926 der deutschen Reichswehr — der „verbündeten" Pariser Kapitalistenregierung Munition liefern zum Krieg nach außen — und auch zur Niederkartätschung derjenigen französischen Arbeiter, die den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg, in die proletarische Revolution umwandeln wollen!!**

Der „Kampf" der leninistischen Parteien „gegen den imperialistischen Krieg" ist also faktisch nichts anderes, als elende Phrase und Massenbetrug. **Denn im Interesse der russischen Staatspolitik muß die Moskauer Internationale die Proletarier eines kapitalistischen Staates als Kanonenfutter in den imperialistischen Krieg hetzen, sobald Rußland mit diesem Staat im Bündnis steht!**

Moskaus Politik treibt am Ende die Arbeitermassen in den Krieg für die Profitinteressen der russischen Nepmänner und Kulaken wie der mit ihnen verbündeten imperialistischen Bourgeoisien — der internationale Kampf des Proletariats gegen den Imperialismus muß deshalb auch geführt werden gegen die leninistischen Burgfriedens-Politiker! D. h. auf der revolutionären Grundlage des Liebknecht-Luxemburg'schen Klassenkampfes.

Die Krise der bolschewistischen Partei

(Nach dem Plenum und vor dem 15. Parteitag.)

Die zwölftägige Sitzung des vereinigten Plenums des Zentralkomitees (ZK.) und der Zentralkommission (ZKK.) der bolschewistischen Partei, die in die erste Hälfte des Monats August fiel, und ihre Ergebnisse wecken von neuem das Interesse des klassenbewußten Proletariats zur Krise der bolschewistischen Partei und zur Frage ihrer Weiterentwicklung.

Die Kapitulationserklärung der oppositionellen Führer vom Oktober vorigen Jahres, abgegeben nach den erbittertsten Fraktionskämpfen der Parteimitglieder der größten Moskauer und Leningrader Betriebe, konnte bei manchen die Illusion einer Liquidierung der Krise erwecken. Für diejenigen aber, die dieser Krise nicht mit den persönlichen Rivalitäten der Mitglieder des ZK. identifizierten, sondern ihre tieferen Ursachen in dem Ausgang der russischen Revolution und der heutigen Wirklichkeit sahen, konnte die Erklärung der Oppositionsführer in bestem Falle nur der Anfang der Liquidierung der persönlichen Kämpfe bedeuten. Die Entwicklung nach dem 16. Oktober und im besonderen von Mitte April bis jetzt hat jedoch bewiesen, daß diese Erwartungen eine Illusion waren. Schon auf der 15. Parteikonferenz und auf der Sitzung des Ekki Ende des vorigen Jahres, wurde der Kampf weiter fortgesetzt. Bei der Ideenlosigkeit der Oppositionsführer, bei ihrer Unfähigkeit, den Klassencharakter der Nep zu analysieren und den Kampf gegen sie aufzunehmen, werden die Letzteren gezwungen, ihre Kritik nur gegen die einzelnen Erscheinungsformen der Nep in der Innen- sowie Außenpolitik zu richten. Deshalb mußte der Bankrott der bolschewistischen Bündnispolitik mit der Kuomintang und mit den englischen Gewerkschaften kommen, um wiederum Argumente für ihre Kritik zu geben.

Die Spaltung der Kuomintang gab Veranlassung nicht nur zur Bombardierung des Pol-Büros mit Thesen, die seine Politik, welche bis zu dem Moment auch die Oppositionsführer teilten, verurteilten, sondern auch zum offenen Auftreten von Sinowjew am 9. Mai in einer Versammlung anläßlich des Pressetages. Der Beschluß des ZK., Sinowjew zur Verantwortung zu ziehen, diente als Anlaß zur Entfaltung einer breiten Petitionskampagne seitens der Oppositionsführer. Unter einem Brief an das ZK., ursprünglich von 83 Personen unterschrieben, wurden z. Zt. der Eröffnung des Plenums des ZK. ca. 3000 Unterschriften älterer Bolschewiki gesammelt.

Der Bruch der Beziehungen zwischen Rußland und England und im Zusammenhang damit der offenbar gewordene Bankrott des anglo-russischen Komitees lieferte neues Material für den Kampf der Opposition. Dieses Mal spielten sich die Auseinandersetzungen auf dem Plenum des Ekki ab. Trotzki nützte die Mißerfolge der russischen Außenpolitik aus, um die Unfähigkeit der Stalinführung zu entlarven und Stalin — den Kampf der Oppositionsführer in diesem Moment, um sie als Werkzeuge und Agenten des englischen Imperialismus, d. h. nach bolschewistischen Begriffen, als Konterrevolutionäre zu bezeichnen. Charakteristisch für die Schärfe des Kampfes und für die Absichten der Oppositionsführer ist die Erklärung Trotzkis vor der Kontrollkommission. Er verheimlicht nicht, daß der Zweck ihres Kampfes die Ausnützung der außenpolitischen Niederlagen zum Sturz von Stalin gewesen sei.

Um zu zeigen, daß dies kein Defaitismus sei, beruft sich Trotzki auf das Beispiel von Clemenceau während des Krieges. „Die französische Bourgeoisie", sagt er, „hatte zu Beginn des imperialistischen Krieges eine Regierung ohne Steuer und ohne Kompaß an ihrer Spitze. Die Clemenceau-Gruppe befand sich zu ihr in Opposition. Trotz des Krieges und der Militärzensur, sogar trotzdem die Deutschen 80 km vor Paris standen (Clemenceau sagte: gerade deswegen), führte er einen wütenden Kampf gegen die kleinbürgerliche Schlappheit und Unentschlossenheit für imperialistische Unerbittlichkeit und Schonungslosigkeit. Clemenceau übte seiner Klasse, der Bourgeoisie gegenüber keinen Verrat; umgekehrt er diente ihr treuer, fester, energischer und klüger als Painleve, Viviani und Co. Der weitere Gang der Ereignisse habe es bewiesen. Die Gruppe Clemenceau kam zur Macht und hat durch konsequentere, räuberischere Politik den Sieg der französischen Bourgeoisie gesichert. Gab es französische Zeitungsschreiber, welche die Clemenceaugruppe defaitistisch nannten? Natürlich gab es die: Dummköpfe und Verleumder schleppen sich in

der Nachhut aller Klassen mit. Aber nicht immer haben sie die Möglichkeit, eine gleichbleibende Rolle zu spielen.“ („Prawda“ vom 17. August 1927.)

Ihren höchsten Punkt erreichte die fraktionelle Tätigkeit der Opposition in der Demonstration aus Anlaß der Abkommandierung des Oppositionsführers Smilga nach dem fernen Osten. Hier soll Trotzki eine öffentliche Rede gehalten haben, deren Hörer nicht allein die Smilga begleitenden Oppositionsmitglieder gewesen seien, sondern auch das parteilose Publikum, das sich am Bahnhof befand.

Das Auftreten der Oppositionsführer und ihre Kritik an der Partei außerhalb der Partei, sowie die Unterstützung der ausgeschlossenen Oppositionsgruppen und der verschiedenen Sektionen der 3. Internationale, im besonderen die von Ruth Fischer in Deutschland und Souvarine in Frankreich, war eine Verletzung der Kapitulationserklärung vom Oktober 1926. Das gab dem Präsidium der ZKK. die Veranlassung, in seinem Beschluß vom 24. Juni die Frage des Ausschlusses von Sinowjew und Trotzki aus dem ZK. auf dem vereinigten Plenum mit dem letzteren aufzurollen. So wurde also die Frage der Opposition als 5. Punkt auf die Tagesordnung des Plenums gestellt, und wie Rykow in seiner Rede zugibt, während seiner ganzen Dauer diskutiert.

Die Ergebnisse des Plenums, nämlich: die von der Mehrheit an die Oppositionsführer gestellten Fragen, ihre Erklärung dazu und schließlich das Verbleiben von Trotzki und Sinowjew im ZK. zeigen, daß es weder eine Versöhnung der Kämpfenden, noch einen endgültigen Sieg einer der beiden Gruppen zur Folge hatte. Sein Ergebnis war die Herbeiführung eines Waffenstillstandes, eine Verschiebung der entscheidenden und endgültigen Auseinandersetzung. Darüber sind sich die beiden Seiten klar; noch mehr: das haben sie für den Moment auch gewünscht.

Das politische System der Bolschewiki, ihre Parteidiktatur ist unvereinbar mit der Zulassung einer zweiten Partei. Nicht nur weil die Existenz von zwei Parteien die Möglichkeit vom Bestehen mehrerer Parteien öffnet, sondern auch deshalb, weil bei dem Vorhandensein von verschiedenen Klassen und ihrem ununterbrochenen Wachstum, diese Parteien Sammelpunkte von verschiedenen Klassen werden, und der Klassenkampf parteipolitische Formen annehmen würde. Die Monopollage der bolschewistischen Partei gestattet ihr heute „über“ den Klassen zu stehen, indem sie zwischen ihren gegensätzlichen und sich gegenseitig ausschließenden Interessen lawiert, trotzdem sie letzten Endes, indem sie der ökonomischen Notwendigkeit Rechnung trägt, als Vertreterin der neuaufkommenden Bourgeoisie auftritt. Die Existenz von zwei oder mehreren Parteien, würde ein Ende des Absolutismus der Bolschewiki bedeuten, und ihre Partei ist gezwungen, eine klare Klassenphysiognomie anzunehmen. Das bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter der Bedingung, daß sie eine regierende Partei bleibt, nicht nur taktisch (wie das heute der Fall ist), sondern auch formell, die Partei des Kleinbürgertums zu werden.

Eine solche Perspektive fürchten die bolschewistischen Führer: Die Partei- und Staatsbürokratie möchte nicht die Privilegien, die ihr die Monopol- und absolutistische Herrschaft der Bolschewiki gibt, verlieren und die Partei-Ideologen möchten nicht Zeuge des offenen Bankrotts ihrer „theoretischen“ Spekulationen und des „Leninismus“ sein. Deshalb erklärte Rykow in seinem Bericht über das Plenum vor den Funktionären der Moskauer Organisation: „Der Ausschluß eines jeden aus unserer Partei bedeutet für diesen die Möglichkeit der politischen Tätigkeit zu verlieren. Die Frage steht sehr ernst. Die Politiker in der Union der SSR., der mit der kommunistischen (!) Partei bricht, wird vom Standpunkt des proletarischen (?) Kampfes zur „t o t e n S e e l e“, **denn wir können bei uns die Existenz einer zweiten Partei nicht zulassen.** Der Ausschluß von Gen. Trotzki, Sinowjew und anderen aus unserer Partei würde für sie den **politischen Tod** bedeuten.“ („Prawda“ 17. August 27.)

Wenn man nicht annehmen will, daß Trotzki und andere Oppositionsführer nach ihrem Ausschluß freiwillig von einer politischen Tätigkeit, die nur außerhalb der bolschewistischen Partei, als Tätigkeit einer zweiten Partei möglich ist, verzichten werden (und für eine solche Annahme ist kein Grund vorhanden. Der Kampf gegen Stalin um die Führung spricht von dem Gegenteil), so wird jedem klar, daß die Stalinisten die Bildung einer zweiten Partei nur mit den Mitteln der Erschießung und Verbannung verhindern können. Dieser Mittel bediente sich die bolschewistische Partei schon bei der Vernichtung der Gruppen: „Arbeiter Wahrheit“ und „Arbeitergruppe“. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß die Stalinisten mit diesen Mitteln heute die Gründung einer zweiten Partei von Sinowjew, Trotzki und ihren Anhängern verhindern können.

Die Prominentesten der obigen zwei Gruppen waren einfache Soldaten der bolschewistischen Partei und sie besaßen höchstens eine örtliche Popularität. Außerdem hatten die Klassengegensätze in Rußland und die Krise der Bolschewiki noch nicht den heutigen Entwicklungsgrad erreicht. Nach außen besaßen die Bolschewiki innerhalb der 3. Internationale noch eine große Autorität. Die breite Masse des internatioalen Proletariats konnte noch nicht das Klassenwesen der Nep übersehen. Heute ist die Situation eine ganz andere. Die Konturen der kapitalistischen Entwicklung in dem bäuerlichen Rußland sind klar umrissen. Die Klassengegensätze erreichen eine scharfe Zuspitzung. Das sieht schon ein großer Teil des Proletariats und der Mitglieder der Sektionen der 3. Internationale. Die Autorität der Bolschewiki ist schon erschüttert. Außerdem besitzen Trotzki und Sinowjew eine breite nationale und internationale Popularität: sie können nicht so leicht wie Miasnikow, Kusnezow u. a. in „tote Seelen“ verwandelt zu werden.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau

Eine Heldentat

Die Regierer der Hindenburgrepublik haben dem deutschen Proletariat so nebenbei wieder einmal den „Wert“ des Reichstages vordemonstriert. Man ist dort der Ansicht, daß für die „Volksvertreter“ trotz der langen Ferien bis zum 2. Oktober noch keine Arbeit sei, und sie schon bleiben sollen, wo sie sind — aushalten werden sie es ja hoffentlich. Zum 17. Oktober, so ungefähr, denkt man, daß über das Reichsschulgesetz, Krisenfürsorge, Mietserhöhung abgestimmt werden kann, bis dahin sind die Entwürfe fertig. Es gibt wirklich viel überflüssigen Krempel in dieser Republik, aber noch niemals ist die Ueberflüssigkeit von irgend einem Ding so ausgefallen, wie eben diese „Volksvertretung“ mit ihrem Klimbim.

Der KPD. ist ob einer solchen Taktlosigkeit, mit der die Hindenburgregierung ihr eigenes Parlament alles Glorienscheines (und damit auch des „revolutionären“, Marke Moskau) beraubt, ganz aus dem Häuschen. Man sieht förmlich, wie der Leitartikler der „Roten Fahne“ vom 16. September wutentbrannt nach Worten ringt, und zuletzt folgendes Gestotter drucken läßt:

„Aber es hat nicht sollen sein. Natürlich **fuhren die Kommunisten dazwischen.** (Welche Todesverachtung!) In ihrer unmanierlichen Art, die ihnen nun einmal eigen ist, und mit der sie die Interessen des überwiegenden deutschen werktätigen Volkes vertreten. (Ja, das sind doch noch Kerle!)

Der Bürgerblock und mit ihm die sozialdemokratischen Führer wollten schlau sein. Vor dem 2. Oktober sollte über „Thema“ nicht gesprochen werden dürfen. Darum keine Einberufung des Reichstages, wo nicht unwichtige Fragen zur Sprache gebracht werden konnten. Denn die Herrschaft des Bürgerblocks mit seiner Gefolgschaft kann Mieterforderungen nicht riechen; Amnestie kann für ihn höchstens eine Angelegenheit von Fememördern sein; die Aufrechterhaltung der Krisenfürsorge für Erwerbslose geht ihn schon gar nichts an. Aber Millionen deutscher Werktätiger haben gerade für diese Fragen ein Interesse und **ohne Rücksicht,** wie die **kommunistische Reichstagsfraktion schon ist,** erinnerte sie brüsk im Aeltestenausschuß an diese Fragen und **forderte den Zusammentritt des Reichstages vor dem 1. Oktober,** (wem bleibt da das Herz n i c h t stehen!) gerade, um den neuen Angriff auf Millionenmassen zu verhindern.“

Wir sind überzeugt, daß eine spätere Generation, die einen solchen Heroismus nicht selbst erlebt hat, diese Tollkühnheit einer Partei einfach nicht glauben wird, auch nicht glauben kann. — Der Reichstag tritt zwar nicht zusammen, und der neue Angriff wird also nicht „verhindert“, aber was will das besagen. Das er d o r t nicht „verhindert“ wird, begreift schon bald der letzte Gewerkschaftssoldat. Aber daß eine Partei, um bei den Massen die Illusion des „revolutionären“ Parlamentarismus zu erhalten, zu solchen blöden Mätzchen greift, ist dennoch Mut — ist der Mut des Säufers, oder des Narren.

Stresemann, was machst Du?

Die „Vossische Zeitung“ läßt sich aus Paris melden, daß nach Mitteilung des „Intransigeant“ der deutsche Botschafter in Moskau im Falle Rakowski dringliche Vorstellungen gemacht hat und darauf hingewiesen habe, „daß ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ zwischen Frankreich und der Sowjetrepublik **eine untragbare Belastung für die deutsche Außenpolitik darstellen würde.** Die „Rote Fahne“ kommentiert diese Tatsache folgendermaßen:

„Aus anderer Quelle liegen Mitteilungen über eine solche deutsche Demarche noch nicht vor. Aus den Anspielungen des französischen Blattes geht hervor, daß sich Herr Stresemann der Sowjetregierung gegenüber wieder einmal als Exponent des westeuropäischen Imperialistenblocks betätigt hat. Das wäre nicht der erste Fall ähnlicher Intervention. Wie erinnerlich, hat Stresemann nach der Sommertagung des Völkerbundsrates im Auftrag der Locarno-Mächte bei Tschitscherin gegen die „bolschewistische Propaganda“ protestiert. Auch nach der Ermordung des sowjetrussischen Botschafters in Warschau hat die Reichsregierung in Chamberlains Auftrag in Moskau auf die „europäische Stimmung“ hinweisen lassen.

Die proletarische Oeffentlichkeit, die über solche diplomatischen Aktionen Stresemanns stets auf dem Umweg über ausländische Zeitungen Mitteilung erhält, will wissen, **welcher Art Vorstellungen Stresemann in Moskau machen ließ. Herr Stresemann wird sich äußern müssen.**“

Hier liegt also nach der „Roten Fahne“ der Verdacht nahe, daß Stresemann das Proletariat „verraten“ hat. Man fordert Rechenschaft! Bisher zwar hat das Proletariat von dem, was Tschitscherin bei Stresemann vor jeder Völkerbundstagung und auch sonst wollte, nichts erfahren, nicht einmal über den Umweg ausländischer Zeitungen. Auch hat das Proletariat von den Geheimverhandlungen des Anglo-russischen Komitees nichts, oder nur einige nichtssagende Phrasen über WTB. erfahren, und die „Rote Fahne“ hat niemals „Rechenschaft“ gefordert. Daß sie den Außenminister der Kapitalsrepublik auffordert, vor dem Proletariat Rede zu stehen, zeigt, daß nach der KPD. Stresemann tatsächlich proletarische Interessen vertritt, sie „warnt“ ihn nur, sie nicht zu verraten. Eine gewisse Logik hat aber dieser Irrsinn trotz alledem. Stresemann ist derselbe „Arbeitervertreter“ wie z. B. Tschitscherin. Was das Proletariat wissen will, ist aber nicht, was Stresemann und Tschitscherin ausknobeln. Es will höchstens wissen, wo die KPD.-Bonzen die Frechheit hernehmen, dem Proletariat die Angelegenheiten der Stresemann-Tschitscherin als proletarische, und die Tschitscherin und Stresemann als die Sachwalter proletarischer Angelegenheiten aufzuschwätzen.

Arbeiterjugend und Unternehmerverbände

(Schluß)

Soll die Erziehung das angestrebte Ziel erreichen, so darf sie nach Ansicht der Unternehmer nicht in öffentlichen Lehrwerkstätten erfolgen, darf sich nicht auf die staatlichen Berufsschulen beschränken, sondern muß im Betrieb selbst unter den Augen des Unternehmers vor sich gehen. „Das Schwergewicht der Lehrlingsbildung ist im Werk, auf der Zeche, im Betrieb zu suchen. Das ist ein rein technisches Erfordernis, aber auch eins, das im Interesse unseres Endzieles postuliert werden muß.“ (Osthold: „Der Kampf um die Seele des Arbeiters.“) Wo aber die Leute finden, die imstande sind, diese erzieherische Kleinarbeit zu leisten, die Führerpersönlichkeiten nehmen, zu denen die Arbeiterschaft „wegen der Lauterkeit ihrer Gesinnung emporblicken können?“ Die Unternehmer begnügen sich nicht damit, diese Frage aufzuwerfen. Die Großindustriellen der Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie haben bereits seit einem Jahr die Führerproduktion systematisch begonnen. „Geeignete Persönlichkeiten zu suchen, Führernaturen, sie pädagogisch und sachlich für die selbständige, schöpferische Mitarbeit innerhalb des großen Systems der Menschenwirtschaft zu schulen“, dies hauptsächlich ist die Aufgabe des vor einem Jahr von der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie gegründeten „Instituts für technische Arbeitsschulung“ (Dinta). In dem Arbeitsplan des Instituts wird diese Aufgabe wie folgt auseinandergesetzt: Heranbildung von Führern und Unterführern,: a) Organisationsingenieure zur Führung von Einheiten, b) Ausbildungsingenieure für Werke und Zechen, c) Werkschulleiter und Lehrer, d) Ausbildungspersonal von Meistern und Vorarbeitern. Laut ihren Tätigkeitüberichten hat die Dinta im ersten Jahr (1926) 25 Ingenieure und 12 Meister ausgebildet.

Die Erkenntnis, daß die Handwerkslehre nicht mehr dem Zweck der Industrie genügt, hatte schon vor dem Kriege dazu geführt, daß verschiedene Großbetriebe (z. B. Zeiß in Jena, Borsig und Siemens in Berlin) eigene Lehrwerkstätten gründeten die sie nach dem Kriege den neuesten Bedürfnissen entsprechend ausgebaut und modernisiert haben. Diese Versuche waren indes vereinzelt, entsprangen nur der zufälligen Initiative einzelner Unternehmer. Auch hier ist es das „Verdienst“ der Dinta, die Sache planmäßig, großzügig organisiert zu haben. In dem schon erwähnten Arbeitsprogramm heißt es über die Aufgaben des Instituts: Heranbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in Lehrwerkstätten, in Werk- und Industrieschulen, sowie Ertüchtigung derselben durch Turnen und Sport; praktische Schulung von anzulernenden Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie Spezialarbeitern in Anlernwerkstätten, theoretische Schulung in Kursen, systematische Hinleitung zum wirtschaftlichen Denken und zur Werkgemeinschaft durch Werkzeitungen. Wie erfolgreich die Dinta die Sache anpackt, zeigt die Tatsache, daß sie innerhalb eines Jahres bereits 28 Lehrwerkstätten gegründet hat, und zwar in der Steinkohlenindustrie 10, in der Braunkohlenindustrie 6, in der Textilindustrie 2, in der eisenverarbeitenden Industrie 7, in der eisenverarbeitenden Industrie 2 und im Hoch- und Tiefbau 1. Nach welchen Grundsätzen die von dem Institut ausgebildeten verantwortlichen Leiter die Lehrwerkstätten und Schulen organisieren, lehrt ein Blick in eine der Musterlehrwerkstätten dieser Institution, die der von dem Geschäftsführer der Dinta Arnhold geleiteten Werkschule Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft.

Nach einem in der „Sozialen Praxis“ vom 24. Dezember 26 veröffentlichten Bericht ist der Gang der Lehrlingsausbildung folgender: Zunächst wird der Lehrling einer psychologischen Prüfung unterworfen, durch die er auf seine Berufsneigung untersucht wird. Das Bewußtsein, einem Ausleseprozeß standgehalten zu haben, hat nach Ansicht der Leiter den Vorteil, daß „dadurch dem Lehrling von vornehein seine Sonderstellung bewußt wird, daß er die Summe der Sorgen und Mühen, die man ihm widmet erkennt.“ Nachdem der Lehrling acht Wochen, losgelöst von der übrigen Arbeiterschaft, in bezug auf Körperökonomie grundlegend durchgebildet ist, kommt er in die Lehrkameradschaft der Lehrlingswerkstatt. Dort wird er produktiv beschäftigt. In den letzten zwei Jahren wird er einer einzelnen Abteilung des Werks zum Spezialisten ausgebildet. Außer dem theoretischen fachlichen Unterricht und Turnunterricht erhält er staatsbürgerlichen Unterricht. Wie geschickt man das Interesse des Lehrlings an der Produktionssteigerung seines kapitalistischen Betriebes zu wecken versteht und eben jene Eigenschaften in ihm zu entwickeln versucht, die ihn zu einem geeigneten Kandidaten für die Arbeiteraristokratie machen, zeigt folgende Setlle des Berichts:

„Die Werkstatt, in der er (der Lehrling) tätig ist, ist nicht eine Werkstatt der Firma, sondern sie ist seine Werkstatt. Er steht an seiner Drehbank, an seinem Schraubstock. Die Werkstatt ist so organisiert, daß sie monatlich abrechnen muß, und er erlebt mit, wie sie am Ende des Monats finanziell abgeschnitten hat. Es herrscht keine trübere Stimmung, als wenn gesagt wird: „Es hat nicht geklappt.“ Es wird dann überlegt: Es muß herumgekommen werden, wir wollen uns nichts schenken lassen, wir sind stolz auf diese unsere Werkstatt.“ Das Wertvollste ist dabei, daß der Lehrling auf diese Weise fühlt: „Es ist nicht ein großer Sack, aus dem gewirtschaftet wird. Es muß vorher auch etwas hineingesteckt werden.“ Ueber die Leistungen werden Höchstziffern veröffentlicht. Der beste Dreher, der beste Former, die beste Kolonne wird öffentlich bekanntgemacht. Alles wird an den Wänden in Kurven dargestellt, die immer vervollständigt werden und es sitzt soviel sportlicher und anderer Ehrgeiz in den Leuten, daß auf diese Weise viel zu erreichen ist. Es ist der größte Anreiz für die jungen Leute, wenn sie selbst schon zu Vorgesetzten gemacht werden. Es besteht das System, immer einen älteren Lehrling einzusetzen, der mit aufpassen und mit anleiten muß.“

Ueber das außerdienstliche Gemeinschaftswesen berichtet Osthold: „Arnhold läßt seine Jungen spielen, Sport treiben, turnen und wandern, gibt ihnen Gelegenheit, Radio zu hören, Radioanlagen zu bauen, er erteilt ihnen Bastelkurse und unterweist sie in der Baukunst von Gerüsten, läßt sie musizieren, Theater spielen, Ausstellungen und Vorträge besuchen usw. Daß hier kein Unterschied zwischen Gelernten und ungelernter Jugend gemacht wird, ist wesentlich, kurzum, steht tagsüber die Ausbildung unter hoher Atmosphäre, Anstrengung und Peinlichkeit, so wird abends und Feiertags der Kragen aufgeknöpft und allen Regungen freie Bahn gelassen, die aus gemeinsamem Tun heraus auf gleiches Erleben, Fühlen und Denken gerichtet sind. Der Lehrlings-Turn- und Spielverein gehört der Deutschen Turnerschaft an, damit ist der Anschluß an eine große nationale Form sportlicher und turnerischer Betätigung für unsere hierauf so erpichte Werksjugend vollzogen.“ Osthold knüpft an diese Schilderung folgende enthusiastische Betrachtung: „Unseres Erachtens liegt gerade in dem Zusammenklang dieser drei Erziehungsfaktoren = Werkstatt, Werkschule und Sport, in dem auch das Elternhaus methodisch einbezogen ist, das wertvollste Moment der ganz in das Werk verlegten und an das Werk geknüpften Erziehung der Arbeiterjugend.“

Strenge Auswahl der Lehrlinge ist daher nach Ansicht der Unternehmer eine der ersten Vorbedingungen einer gedeihlichen Jugenderziehung. Ueber die Grundsätze, nach denen bei dieser Auslese zu verfahren ist, herrscht noch einige Meinungsverschiedenheit. Allgemein scheint jedoch die Ansicht durchzudringen, daß die psychotechnische Auswahl allein nicht genügt. „Vom Gros der Arbeiterschaft wird nicht so sehr ein hohes Maß an produktiver Intelligenz gefordert, als eine charakterfeste, tiefbegründete Zuverlässigkeit bei der Arbeit. Bei der Lehrlingswahl ist zu achten auf Ausdauer bei körperlicher Anstrengung, Arbeitswillen, Ehrgeiz, Bedächtigkeit, Ordnungsliebe, Sorgfalt, Vorsicht, Pünktlichkeit, Disziplin, Verschwiegenheit, keine Widerspenstigkeit, Oppositionsgeist, Trotz oder Jähzorn.“ („Arbeitgeber“, Nr. 17.)

Es ist also das Ziel der Unternehmer, die Arbeiterjugend vollständig für das Interesse an den Betrieb zu fesseln, keine „fremden“ Einflüsse zuzulassen und sie so zu willfährigen Knechten des Kapitals zu machen. Durch Sport und andere „außerdienstliche“ Beschäftigung soll die Jugend den politischen Einflüssen entzogen werden oder richtiger gesagt, es soll ihnen keine Zeit mehr dazu übrig bleiben. Noch vor zwei Jahren gab es kaum ein Dutzend Werksportvereine in Deutschland — heute Hunderte. Die Jugendlichen, die die Werkschulen besuchen, werden geradezu verpflichtet, „die körperlichen Ertüchtigungen“ zu genießen. Es soll damit auch zugleich noch erreicht werden, die Gewöhnung an Unterordnung und die widerstandslose Anpassung der Arbeiter an die rationalisierenden Arbeitsmethoden. Zimmermann sagt in Schmollers Jahrbuch sehr deutlich: „Gerade der Sport, diese rationalisierte Leibeszucht mit Hilfe von an sich oft stumpfsinnigen Teilübungen im Massenverbande und unermüdlichem einseitigen Training zur Erzielung von Rekordleistungen, schafft in der modernen Jugend eine ganz andere psychische Einstellung auf die Rationalisierungs-Geschwindigkeitsanforderungen, und läßt den jungen Arbeiter sie ganz anders hinnehmen, als der ältere Handwerker vermag, der im Gemütstempo früherer Tage herangewachsen ist, um im Blitzzugstempo mitzumachen.“

Es wird die Aufgabe der klassenbewußten Proletarier sein, den pädagogischen Korruptionsmethoden der Unternehmer durch Aufklärung innerhalb der Arbeiterschaft, insbesondere der Jugend, entgegenzutreten, um so auch dieser Gefahr zu begegnen.

Genfer Schattenspiele

Das, was grundsätzlich zu den Genfer Schattenspielen zu sagen ist, haben wir bereits gesagt. Eine kleine Ergänzung und ein Beispiel für die unglaublichen Strapazen, denen die Völkerversöhner ausgesetzt sind, gibt folgende Meldung des „Vorwärts“ vom 16. September (Morgenausgabe):

Das Mittagsschläfchen als Ratssitzung.

v. sch. G e n f, 15. September, um Mitternacht. Heute nachmittag wurde im Völkerbundrat eine neue, wenn auch recht harmlose „Schlacht von Salamis“ durchgekämpft. So heißt nämlich der Kreuzer, den Griechenland 1912 bei der Stettiner Vulkanwerft bestellt hat, dessen Bau auch noch vor dem Kriege begonnen wurde, der aber erst nach dem Kriege hätte geliefert werden können. Doch wollte Griechenland dann nichts mehr von dem Kriegsschiff wissen, weil es inzwischen unmodern geworden wäre. Es stützt sich dabei auf die Versailler Artikel 190 und 192, die Deutschland den Bau und die Lieferung von Kriegsfahrzeugen fürs Ausland verbieten. Es sind in dieser Sache verschiedene schiedsgerichtliche Entscheidungen, sämtlich zugunsten der Vulkanwerft, gefallen und schließlich hat die Botschafterkonferenz bei der Endregelung der Entwaffnungsfrage eine ausdrückliche Ausnahme für „Salamis“ im Sinne der deutschen Wünsche gemacht. Griechenland bekämpft aber die Zulässigkeit dieser Entscheidungen und ersucht den Rat um maßgebende Auslegung der Artikel 190 und 192, damit es den angeblich veralteten Kasten nicht abzunehmen und nicht zu bezahlen braucht. Politis-Griechenland verfocht die griechische These ohne jede Schärfe gegen Deutschland, dessen sachliche Darstellung er im wesentlichen als richtig bestätigte. Da Politis aber recht lange sprach, es kurz nach dem Mittagessen war und außerdem etwas schwül, **so nickten nacheinander fünf Mitglieder des Rates ein.** Zunächst Briand, dann Sokal, Vandervelde und schließlich van Blookland. Diesem Beispiel folgten etliche andere Zuhörer. Politis redete aber immer weiter. Hin und wieder schreckte einer der Eingeschlafenen auf, wenn Politis eine Kunstpause machte. B r i a n d war immer der erste, der das Signal zum seligen Weiterschlafen gab, **als er merkte, daß Politis von neuem loslegte.**

Schließlich atmete alles auf, als der Grieche seine gelehrten Rechtsausführungen endlich beendet hatte. Hilton Young-England, der zum ersten Male an Stelle Chamberlains am Ratstisch saß, erwarb sich allgemeine Sympathien, **indem er vorschlug, auf die englische Uebersetzung zu verzichten.** Staatssekretär v. Schubert, der Stresemann im Rat vertrat, warb am wirksamsten für die deutsche These, **indem er seine Erwiderung auf wenige Sätze beschränkte.**

Die „Schlacht von Salamis“ endete vorläufig damit, daß die Angelegenheit einem Dreierkomitee zum genauen Studium der Unterlagen überwiesen wurde. Vorsitzender Villeges richtete einige freundliche Worte an die ausscheidenden Mitglieder Vandervelde, Benesch, Guerrero und darauf wurde die letzte Sitzung dieses Kollegiums geschlossen. In friedlicher Stimmung ging man auseinaneder und eilte in den Reformationssaal, um die neuen Ratsmitglieder zu wählen.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen

Im Lande sozialdemokratischer Ministerherrlichkeit fand kürzlich unter Leitung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kühn eine Bürgerkriegsübung im großen Stile statt. Da der betreffende Ordnungshüter der ASP. angehört, glaubte die Presse der linken Sozialdemokratie, die Dresdener Volkszeitung, die naive Fragestellung an den Polizeipräsidenten richten zu müssen, gegen wen sich diese Uebung richtet. Diese Frage wurde mit einer Offenherzigkeit beantwortet, die den Arbeitern der SPD. mit aller Deutlichkeit die Henkerrolle zeigt, welche die rechten sowie auch die „linken“ Führungsreiter in den Zeiten der Kämpfe gespielt haben und in künftig ähnlichen Situationen spielen werden. Wir lassen die Antwort Kühns, welche dem Mitteilungsblatt Nr. 23 entnommen ist und welche die neugierige „Dresdener Volkszeitung“ ihren Lesern vorenthält, hiermit folgen.

„Wie immer gern bereit, Hilflosen beizuspringen, gebe ich euch hiermit den gewünschten Aufschluß, und zwar spreche ich wie immer als Parteigenosse zu Euch, da ihr anderswie wirklich die Letzten seid, die von mir Aufklärungen über dienstliche Maßnahmen erwarten könnten. Also: Ihr irrt, wenn ihr in eurer Fragestellung zum Ausdruck bringt, daß Vorgänge aus meiner Vergangenheit den Plänen zugrunde liegen. Wenn ich schon aus manchen Erinnerungen an bewegte Zeiten schöpfen würde, dann im vorliegenden Falle doch nur unter Zugrundelegung von Anregungen, die in der Redaktion der Dresdner Volkszeitung geboren wurden. Ich hab dabei unter anderem im Auge jenen Abschnitt aus der sächsischen Parteigeschichte, **in dem die Redaktion der Dresdner Volszeitung den gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg als die aufgehende Morgensonne des deutschen Volkes feierte,** jene Zeit, in der jetzt noch amtierende Redaktionsmitglieder der Volkszeitung ostentativ den Standpunkt vertraten, man könne es keinem anständigen Menschen zumuten, mit Hermann Fleißner in einer Redaktion zusammen zu arbeiten. Insbesonder aber denke ich an den Augenblick, wo am Abend des 10. November 1918 die USP. mit Menke und Rühle an der Spitze die Dresdner Volkszeitung besetzen wollte und schon nach Bekanntwerden dieses Planes ein Redakteur der Dresdner Volkszeitung **telephonisch eine Kompagnie Fußsoldaten — mit Kugeln im Lauf — gegen die USP. herbeirief;** dann aber, als die Soldaten von den Massen entwaffnet waren, die Redaktion **in den Unterhosen über die Hofgemäuer der Dresdner Volkszeitung flüchtete.** Schließlich habe ich im Auge die Stunde, wo sich die Redaktion der Dresdner Volkszeitung, soweit nicht einzelne schon vorher ausgerissen waren, von den Prügeln der unabhängigen Demonstranten durch Maschinengewehre und Infanteriekugeln schützen ließ und am Abend ihren Sieg über eine zweistellige Zahl Toter feiern konnte. Daß die Redaktion auch in der Folgezeit noch einen Zug Sicherheitssoldaten zu ihrem Schutze im Zeitungsgebäude Tag und Nacht stationieren ließ, entsprach der damaligen Kriegslage. Ihr seht, man kann schon aus der Erinnerung schöpfen, wenn das überhaupt für eine Grundlage zu einem Kriegsplane nötig wäre. Ich glaube, euch einen Dienst zu erweisen, wenn ich hiermit freundschaftlichst einige kleine Ausschnitte aus eurer ruhmvollen Vergangenheit gebe — weitere können nach Bedarf folgen — die aus den damaligen Zeitverhältnissen entsprangen, wie ich durchaus anerkennen will. Wenn ihr diese Vergangenheit heute vergessen mußtet, so bin ich viel zu anständig, darüber zu richten; denn ich weiß, ihr würdet im anderen Falle kein Brot auf dem Tische haben. Ich persönlich werde mich nach wie vor zu meinen inneren Wandlungen bekennen. Sie berühren weder meine sozialdemokratische Ueberzeugung, noch haben sie etwas zu tun mit eurer auf den Mondwechsel der Massenstimmung eingestellten politischen Einstellung.“

Diese Schilderung früherer Vorgänge ist ein Beweis für die abgrundliche Demagogie, welche in der Frage der Dresdner Volkszeitung enthalten ist. Dieselbe trat auch kürzlich bei einer Etatsberatung der sächsischen Landespolizei im Landtage zum Vorschein, wo von der linken Landtagsfraktion der SPD. für den Etat mehrere hunderttausend Mark zur Bewilligung aufgestellt wurden. Doch wurden die eifrigen Unterstützungsaktionen der Bürgerkriegsgarde seitens der SPD. durch die Fraktion der KPD. in den Schatten gestellt. Die Vertreter der Granatenpartei, welche in Dresden bei der Einhaltung ihres Stalinkurses auch nicht durch das geringste oppositionelle Lüftchen gestört wurden, übertrampelten die SPD. mit einem Antrag für den gleichen Etat; derselbe sah fünfzigtausend Mark mehr vor.

Die Ehrlichen und die Demagogen

Der Fraktionskampf in der KPD.

Durch die erneute Kapitulation der Sinowjew-Trotzki-Opposition ist der Streit zwischen der abgehalfterten und der amtierenden Führergarnitur der KPD. um die Frage der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen entbrannt. In der Erklärung der russischen Opposition ist diese Forderung enthalten, allerdings fordern die Sinowjew-Trotzki als Voraussetzung dafür die Liquidierung der Fraktion selbst. Die Fraktion Ruth Fischer-Scholem stellte sofort nach der Kapitulation der russischen Opposition einen formalen Antrag an das Ekki um Wiederaufnahme; und nun erlebt die proletarische Oeffentlichkeit das Schauspiel, daß beide Kontrahenten eifrig um den Nachweis bemüht sind, daß sie selbst grundehrlich, der andere der unehrliche Spieler, der Demagoge ist. Beide behaupten den unverfälschten Leninismus zu vertreten, und beide behaupten von dem anderen, daß dessen Politik unleninistisch und außerdem darauf berechnet sei, die Reihen des Gegners zu zersetzen um die Führer von den Massen zu isolieren. Wie die Ruthenen in Deutschland — und auch in den anderen Ländern — stets von den Materialien und der „Plattform“ der offiziellen russischen Opposition lebten, so suchen sie von der Tatsache, daß die russische offizielle Opposition ihren Friedensvertrag mit der Stalin-Fraktion schloß und so als Kontrahent anerkannt wurde, das Recht abzuleiten, ebenfalls „anerkannt“ zu werden, was von der Zentrale der KPD. damit beantwortet wird, daß der Ruthenen-Fraktion in Deutschland diese „Bedeutung“ nicht zukomme. Sie verlangt die Anerkennung der Richtigkeit der „Linie“ des Zentralkomitees und behält sich das Recht vor, die Rädelsführer von dem „Recht“ der Wiederaufnahme auszuschließen. Diese Taktik hat bewirkt, daß die Ruthenen diese Antwort auf ihren „ehrlichen“ Antrag auf Wiederaufnahme damit beantworten, daß sie ihre Fraktionstätigkeit und ihren Kampf gegen die KPD.-Führung mit ihrer „richtigen leninistischen“ Linie „begründen“. So schreibt die „Fahne des Kommunismus“, Nr. 25, am 2. September:

„Sehen wir uns also zunächst die „Linie“ der KPD. an, so etwa 16—18 Monate lang.

Da hatten wir: i n n e r p a r t e i l i c h die „Normalisierung“ und die „Herausbildung einer echt proletarischen Führung“ als A u f g a b e, aber als E r g e b n i s die Zerstäubung der Partei in Atome, den Uebergang der Führung an die R e c h t e n mit dem „Proletarier“ Dr. Ernst Meyer an der Spitze (nachdem vorher die „Proletarier“ Heinz Neumann, Dengel, Volk, Lominadse, Schneller und Lenz die w i r k l i c h e Führung gebildet hatten). Das „Programm“, die „Linie“ in diesem Punkte war von Anfang an platteste Demagogie und fiel natürlich kläglichst ins Wasser. An den Ufern des Trauerweidenbaches sitzt aber der proletarische „Führer“ Thälmann und klagt, klagt so laut, daß w i r es hören, hören durch v i e l e Kanäle und Zuträger. Er klagt, der brave, ehrliche Teddy, über Intrigen der Rechten, über Vergewaltigungen (wieder einmal) und über seine Absägung, die f o r m a l zwar n o c h e i n m a l verhindert worden ist, die aber nicht verhindert werden kann — eben weil die „Linie“ dieser Politik so läuft.

I n n e n p o l i t i s c h waren die Etappen dieser „Linie“: die verpfuschte Kampagne zur Fürstenenteignung („SPD. und KPD. ziehen heut' an einem Strick. Dieses bringt Proleten Glück (!), bricht den Fürsten das Genick“ — das war die offizielle KPD.-Hymne jener Zeit); die reformistische Arbeit in den Gewerkschaften („75 Prozent der Parteiarbeit müssen Gewerkschaftsarbeit sein“), welche überall (winzige Ausnahmen in winzigen Verbänden spielen keine Rolle) ein katastrophales Schwinden des kommunistischen Einflusses brachte; das Versagen im englischen Bergarbeiterstreik (wo im Ruhrgebiet überall mit Volldampf Ueberschichten des direkten Streikbruchs gemacht wurden); das Versagen bei der Bildung der Bürgerblock-Regierung; die aufgelegte Pleite des im Klassensinne unsäglich traurigen „Kongresses der Werktätigen“; das Sich-Hinschleppen von äußerem Ereignis zu äußerem Ereignis, die als Krückstöcke dienten für die l e e r l a u f e n d e Parteimaschine und daher mit lautem Geschrei so übertrieben wurden, daß von einer politischen L i n i e überhaupt nichts mehr übrig blieb (Stahlhelmtag, an welchem man sich ohne Widerstand dem Polizeibefehl fügte, der jede Gegendemonstration verbot; Rotes Pfingsttreffen des RFB., dessen p o l i t i s c h e r Sinn durch den politischen U n s i n n des „Schwures“ vom Eintritt ins Heer charakterisiert wurde; die Kampagne für Sacco und Vanzetti, die nicht konkret, ohne O r g a n i s i e r u n g von Streiks und ohne prinzipielle Propaganda g e g e n die bürgerliche Demokratie und f ü r die proletarische Diktatur verlief).

A u ß e n p o l i t i s c h sah die „Linie“ noch katastrophaler aus. Da hatten wir die guten, ehrlichen, der Sache des Proletariats treu ergebenen englischen „linken“ Reformisten Purcell, Hicks, Cook; das anglo-russische Komitee als organisierendes Zentrum der Einheit der Weltarbeiterbewegung“, d. h. als den besten E r s a t z für Komintern und Profintern; wir hatten die bürgerliche Kuomintang als Ersatz für kommunistischen Partei und für Sowjets (oder sind die besinnungslos nachgedruckten und nachgeplapperten Reden Stalins schon vergessen?); wir hatten den „revolutionären“ General Tschiang-kaischek, den ebenso „revolutionären“ General Feng Yui Hsiang, die „revolutionären“ Regierungen von Kanton, Nanking, zuletzt von Wuhan, den „linken“ Wan Tin Wei, das V e r b o t der Losung der Sowjets, weil man „keine Stufen überspringen darf“, die Losung der Sowjets, als die Niederlage vollendet war, kurz, den ganzen schauderhaften Bankrott der ganzen „Linie“ in China. Wir hatten dazu die „Theorie“ von der Möglichkeit des vollständigen Aufbaues des Sozialismus in Rußland allein, zu der die praktische Nähe des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland so paßt, wie die Faust aufs Auge: wir hatten die andere „Theorie“, die G e n f e r Theorie, von der Möglichkeit des f r i e d l i c h e n Nebeneinanderbestehens von Sozialismus und Kapitalismus, gedacht als außenpolitischer S i n n des Unsinns vom „Sozialismus“ in e i n e m Lande, und als U n s i n n vor aller Welt demonstriert durch den englischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Kriegsdrohung. Wir hatten die „Theorie“ von dem „gerechten“, „nationalen Befreiungskrieg“ der armen, „u n t e r d r ü c k t e n“ deutschen Bourgeoisie im Jahre 1923 (Bucharins Offenbarungen von 1926) — kurz, wenn wir die Bilanz der „Linie“ des ZK. ziehen, so haben wir eine Sammlung opportunistischer Theorien und Handlungen, hilflosen oder prahlerischen Stammelns und katastrophaler Niederlagen.

Mit dieser „Linie“ haben wir nichts gemein, hatten wir nichts gemein, wollen und werden wir nichts gemein haben, da diese „Linie“ nichts mit Marxismus, nichts mit Leninismus, nichts mit proletarischer Politik gemein hat und auch als opportunistische Linie nicht den geringsten, auch nur kleinen, auch nur zeitweiligen Erfolg davongetragen hat.“

Jeder Marxist versucht bei der Kritik einer bestimmten Politik die U r s a c h e n dieser Politik aufzuspüren. Das jedoch paßt den Maslow-Urbahns-Scholem nicht in ihre „Linie“. Denn diese „Linie“ ist nicht vor 16 oder 18 Monaten vom Himmel gefallen, sondern läuft folgerichtig hinaus über die innere Restauration Rußlands, und nimmt die einzelnen Sektionen mitleidlos mit ins Schlepptau. Daß die Ruthenen, als sie an der Herrschaft waren, keine andere Politik machten, ist allgemein bekannt. Trotzdem ist es nicht überflüssig, diese „Linie“ von neuem in das richtige Licht zu rücken.

Der schauderhafte Zusammenbruch in China entsprang derselben Linie, wie der schauderhafte Zusammenbruch der Politik der KPD. während des Ruhrkrieges. Wenn die Ruthenen heute gegen die Vaterlandsverteidigungstheorie Bucharins anreiten, so reiten sie nur gegen die Theorie ihrer eigenen Praxis an. Wie das chinesische Proletariat durch die „Volksblocktheorie“ und einen wüsten Nationalismus ins Verderben gestürzt wurde, so wurde dies das deutsche Proletariat während des Ruhrkrieges. Die stärksten Verfechter dieser nationalistischen Perversität waren in Deutschland gerade die „Linken“. „Das deutsche Reich“ — erklärte am 25. Juli 1923 Ruth Fischer in einer Studentenversammlung — „die deutsche Kulturgemeinschaft, die Einheit der Nation können nur gerettet werden, **wenn sie, meine Herren von der deutschvölkischen Seite erkennen, daß sie gemeinsam kämpfen müssen, mit den Massen, die in der KPD. organisiert sind . . . . Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.**“ — Sie haben gegen die ekelhafte Schlageterpolitik kein Wort gefunden. Und als Klara Zetkin noch im Jahr 1925 im Reichstag die Einheitsfront der Reichswehr mit den Rotarmisten predigte, fand die damals am Ruder sitzende „Linke“ in der KPD. kein Haar in dieser Linie. Die „Linie“, die also in China zu dem schauderhaften Bankrott führte, führte in Deutschland zu dem Oktoberverbrechen, führte zur Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland. Wenn Bucharin nachträglich diese „linke“ Linie theoretisch fixiert, so kann man den Stalinisten eine bestimmte Konsequenz nicht absprechen. Wenn die „ehrlichen Linken“ jedoch dagegen Sturm laufen, so deswegen, weil sie gerne die Politik vor 16 bis 18 Monaten, die sich im Grunde genommen von der heutigen gar nicht unterscheidet, begraben möchten — aus reiner Liebe zur Wahrheit.

Die „fünfundsiebzigprozentige Gewerkschaftsarbeit“ wurde beschlossen auf dem 10. Parteitag, den die „Linken“ noch beherrschten. Die schönste aller Theorien, die „Volksblocktheorie“ der „Linken“ ist wohl am konzentriertesten in den Sätzen formuliert:

„Für den Fall, daß die Weimarer Koalition die Durchführung der Mindestforderungen versprochen hätte, hat sich die Fraktion der Kommunisten bereit erklärt, durch Stimmenthaltung die Existenz Braun zu ermöglichen, obwohl sie genau weiß, daß eine solche Regierung, möge sie versprechen, was sie will, niemals einen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Bourgeoisie führen wird.“

(KPD.-Fraktionserklärung vom 8. Mai 1925.)

Das war jedoch nur die eindeutig gekennzeichnete Linie nach der Reichspräsidentenwahl, anläßlich der das Ekki wegen der Thälmann-Kandidatur stark verschnupft war und die Zurückziehung zu Gunsten der „Volkskandidaten“ Marx nicht mehr möglich war. Aber die Theorie dieser „Linie“ wurde von den „Linken“ nachträglich noch geschmiedet, und in der „Roten Fahne“ vom 19. April 1925 folgendermaßen verewigt:

„Die Partei muß lernen, daß Kompromisse, Unterstützungsangebote und dergleichen **gegenüber dem scheinrepublikanischen Flügel der Bourgeoisie** (zu dem selbstverständlich die SPD. als bürgerliche Arbeiterpartei gehört) zum Zwecke der Entlarvung ihrer Scheinopposition **möglich und nützlich sind.**“

Das ist die „Linie“ der „Linken“ in der KPD. Wenn sie heute laut schreien, daß sie mit der „Linie“ des Zentralkomitees „nichts gemein“ haben, so ist das elende Demagogie, und zeigt aufs eindeutigste, daß es dieser Linken nicht darauf ankommt, die W u r z e l dieser Linie aufzudecken, weil damit der Bankrott der gesamten Linie der Komintern, die auch die „Linie“ der „Opposition“ ist, aufgedeckt würde. Ruth Fischer hat noch auf dem 10. Parteitag im Juli 1925 die schärfsten organisatorischen Maßregeln angekündigt gegen alle, die sie von links angreifen, und damit ihren heutigen Rivalen selbst die Waffen in die Hand gegeben für die „Normalisierung“ der Partei. Sie hat zum Schluß eigenhändig ihr eigenes politisches Todesurteil unter den Ekkibrief gesetzt und damit dokumentiert, daß sie und ihre Fraktionsgenossen alles bis dahin Dagewesene an „Ehrlichkeit“ übertreffen. Fügt man noch hinzu, daß Sinowjew höchst eigenhändig den Streich gegen diese „Linken“ führte, derselbe Sinowjew, dem sie heute die Märtyrerkrone aufs Haupt zu drücken suchen, so rundet sich das Bild von einer „Politik“, die die Aufdeckung der Karten scheut wie der berufsmäßige Gauner. Die Wahl, die das Proletariat in der Rechten und Linken hat, ist die zwischen dem Rabbi und dem Mönch. Hier hilft dem Proletariat nur die g a n z e Wahrheit über den zwangsläufigen Kurs Moskaus auf Grund der Wandlung in Rußland selbst. Wir werden darauf noch in einem weiteren Artikel zurückkommen.

„Revolutionäre Pazifisten"
Zutreiber der russischen Granatenpolitik

Aus dem großen Mischmasch bürgerlicher Pazifisten, deren theoretische Fundierung im allgemeinen aus einigen christlich ethischen Normen besteht, hat sich vor einem Jahr ein kleiner Mischmasch, genannt „Gruppe revolutionärer Pazifisten" abgesondert. Diese Gruppe, deren Repräsentanten u. a. Hiller, Weinert, Bauer, Pfarrer Bleier sind, beschäftigt sich noch neben der Propaganda ihrer platonischen Utopie einer „Herrschaft der Geistigen" mit einer Teilerscheinung der gesellschaftlichen Verhältnisse: dem Kriege. Von „kosmischen", ethischen, individualistischen Erwägungen ausgehend, verneinen die kapitalistischen Staaten das „Recht" (theoretisch auch der sozialistischen Diktatur) Einsatz des Lebens der Bürger im Kriegsdienst zu fordern. Eine Einstellung, die ohne das programmatische Ziel der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vermittels des Bürgerkrieges nicht mehr und nicht weniger Bedeutung hat als die gleiche Haltung gewisser religiöser und vegetarischer Sekten zur gleichen Frage. Die Gruppe revolutionärer Pazifisten geht nun, ohne sich deshalb zum Marxismus zu bekennen und in organisatorischer Hinsicht entsprechende Konsequenzen zu ziehen, einen Schritt weiter als die Sekten sonstiger Kriegsdienstverweigerer. Geblendet von dem russischen Oktober, aber ohne die marxistische Geistigkeit Rosa Luxemburgs bei der Analyse der russischen Situation, werfen sich diese Leute mit kleinbürgerlich humanistischen Motivierungen zu Verteidigern des heutigen Nep-Rußland auf. Wobei erwähnt werden muß, daß die von der Gruppe beeinflußte Wochenschrift „Weltbühne" das materielle Interesse des KPD.-Kaufmanns Münzenberg gefunden haben soll, daß weiter die Literaten der Gruppe sich bei der Hausordnung von Moskau „eingenommener" Blätter à la „Welt am Abend", „Montag-Morgen", „Knüppel" und im Strom der sogenannten deutschen Außenpolitik schwimmender Blätter wie „Vorwärts" und „Vossische Zeitung" fügen müssen, um zu existieren.

In einer in der „Roten Fahne" vom 2. 7. 1927 abgedruckten Resolution der Gruppe zur Frage eines englisch-russischen Krieges ist davon die Rede, daß „Rußland das Fundament einer sozialistischen Wirtschaft gelegt, die Verwirklichung einer Gesellschaft der „Gerechtigkeit" (offenbar gegenüber der Opposition der revolutionären Kommunisten. Die. Red.) begonnen hat". Wenn nun ein Krieg gegen Rußland ausbricht, gibt es nach der Resolution zwei Möglichkeiten für die „revolutionären Pazifisten": Neutralität der deutschen Regierung im Sinne des Berliner Vertrags und dementsprechende Intervention beim Völkerbund, wozu eine Regierung der „Arbeit und des Geistes" gewünscht wird, an deren parlamentarische Bildung man offenbar selbst nicht glaubt. Im andern Falle wird gedroht: „sollte indes die gegenwärtige Regierung oder eine folgende es wagen, Deutschland an die Koalition der Feinde Rußlands zu verschachern und unser Volk zum Kriege gegen die Sowjets aufrufen, so gäbe es auf dieses verbrecherische Ansinnen nur die Antwort: Massenkriegsdienstverweigerung, Massenstreik, Massenerhebung." Diese Resolution ist gekennzeichnet durch das Nichteingehen auf die wesentliche von der russischen Staatspolitik Tschitscherins und der Komintern vorbereiteten Möglichkeit: Kriegsbündnispolitik mit kapitalistischen Staaten, in erster Linie mit Deutschland. Die gedanklichen Plattheiten und die kleinbürgerliche Verlogenheit der Resolution in Wendungen wie: „Intervention beim Völkerbund", „durch Vertrag verboten", „Gesellschaft der Gerechtigkeit", „Regierung der Arbeit und des Geistes", „unser Volk" usw. seien nebenbei aufgespießt. Als Ganzes muß die Resolution, in der die Bucharinsche Forderung der kriegerischen Verteidigung kapitalistischer Vaterländer, wenn sie im Bund mit Rußland sind, unterschlagen ist, als Schweinerei ohnegleichen bezeichnet werden. Daß ohne Eingehen auf den wirklichen Sinn der russischen Politik und die entsprechend verbrecherische Praxis Rußlands und der Komintern in der Vergangenheit, Ruhrkrieg, Granatenlieferung, und ohne Eingehen auf das von Zetkin nachträglich 1925 auch für die weitere Zukunft angekündigte „Zusammengehen von Reichswehr und Rotarmisten", die Gruppe revolutionärer Pazifisten für die moralische Verteidigung des heutigen russischen Staates Stellung zu nehmen wagt, das heißt Zutreiberdienste leisten für einen neuen 4. August.

In Diskussionen mit den Vertretern dieser Gruppe, die eine gewisse Aktivität in Sachsen, im Rheinland und auch in Berlin zu entfalten beginnen, wird deren aufgeblasene „Geistigkeit" an den Exempeln der russischen Praxis, dem Ruhrkrieg, den Sowjetgranaten, der Vaterlandsverteidigung platzen. Die ehrlichen Elemente werden unsere Losung aufnehmen: Massenkriegsdienstverweigerung, Massenstreik, Massenerhebung **auch dann**, und gerade dann, wenn die Rotarmisten gemeinsam mit der Reichswehr auf Grund des Berliner Vertrages gegen andere imperialistische Staaten zu Felde ziehen sollten.

Proletarisches Notizbuch

Eine alte Rechnung. Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts hat die bereits mehrfach verschobene Verhandlung gegen die alte KPD.-Zentrale nunmehr auf den 4. Oktober dieses Jahres angesetzt. Die „Anklage" erfolgt wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz. Ob der Prozeß zustande kommt, ist, wie bürgerliche Zeitungen berichten, noch fraglich. Warum er bis jetzt immer wieder verschoben wurde, ist ebenfalls fraglich. Daß die Angeklagten im wahrsten Sinne des Wortes unschuldig sind, sollte mittlerweile selbst der bornierteste Richter der deutschen Republik begreifen.

•

Der Sozialismus marschiert. Die Vereinigten Stahlwerke, Mannesmann und Otto Wolf haben, wie die „Rote Fahne" meldet, von der Sowjetunion einen Auftrag zur Lieferung von 50 000 Tonnen Röhren erhalten.

•

Die Blutarbeit der Kuomintang. Schanghai, 14. September. (Inprekorr.) In Swatau wurden Massenverhaftungen vorgenommen. Acht Verhaftete wurden unter dem Verdachte, Mitglieder der Kommunistischen Partei zu sein, hingerichtet.

In Litauen rast von neuem der weiße Terror. Die Zahl der Hingerichteten geht bereits in die Dutzende. Die der Verhafteten in die Hunderte. Der Belagerungszustand ist verhängt. — Die freundschaftlichen Beziehungen Rußlands zu den litauischen Henkern sind nicht gestört.

Erdbebenkatastrophen

forderten nach den letzten Nachrichten aus Tokio laut „Times" in Kiushiu 719 Tote, die der Verletzten beläuft sich auf 2303. 1850 Häuser wurden zerstört, 3000 stehen unter Wasser. — Am schwarzen Meer wurden durch ein Erdbeben in Jalta 13 Personen getötet und 358 verletzt. In Mishor wurden durch Mauereinsturz drei Personen getötet. Viele Häuser in Jalta sind eingestürzt.

Wirtschaft

Die Reaktion in den Konsumgenossenschaften

Arbeitslose sind Papiersoldaten.

Nach dem Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben die deutschen Konsumgenossenschaften im zweiten Vierteljahr 1927 226 698 Mitglieder verloren. Die Gesamtmitgliederzahl sank auf 2 919 142 gegen 3 145 840 zu Ende des ersten Quartals. Der „Vorwärts" (vom 15. September, Morgenausgabe) behauptet, daß dieser Rückgang sich erkläre „aus der Streichung jener Papiersoldaten, die zählten, ohne zu kaufen und zu zahlen". Das soll heißen, daß es Proletarier sind, die durch die von den Gewerkschaften unterstützte Rationalisierungsoffensive auf die Straße gesetzt wurden. Ein vollwertiger Mensch ist in den Augen der Sozialdemokratie eben nur, wer Geld im Beutel hat. Die andern sind „Papiersoldaten". — „Wenn Du aber gar nichts hast, Lump, laß Dich begraben. Ein Recht zum Leben haben nur, die etwas haben."

Die Ansicht über die „Papiersoldaten" wird bestätigt durch den gestiegenen Umsatz. Der Gesamtumsatz der berichtenden Genossenschaften stieg auf 232 gegen 206,2 Millionen Mark im ersten Quartal. Der Umsatz je Mitglied stieg auf 79,48 gegen 65,55 im ersten Quartal und 58,35 Mk. im zweiten Quartal 1926. Die Gesamtsumme der Geschäftsguthaben ist von 36,60 auf 37,87 Millionen erhöht gegenüber 28,39 Millionen im zweiten Vierteljahr 1926. Bei den Spareinlagen zeigt sich eine Erhöhung der Gesamtsumme von 159,89 auf 175,42 Millionen, wovon 41,81 Millionen durch Aufwertung entstanden sind. An Spareinlagen sind 133,61 Millionen zu verzeichnen.

Der größere Umsatz und die gesteigerten Spareinlagen resultieren z. T. aus der Saisonkonjunktur des Sommers, zum größeren Teil aber daraus, daß die Arbeiter den Konsumgenossenschaften den Rücken kehren und zahlungsfähige Bürger eintreten, wie in der SPD.. Diese Ansicht wird bestätigt durch die Geschäftspolitik des ZDK. Er rechnet damit, daß die Spareinlagen in 5—7 Jahren rund eine Milliarde Mark betragen werden. Es wird in dem Geschäftsbericht deshalb das Projekt einer konsumgenossenschaftlichen Hypothekenbank erwogen, die mit den Geldern Bau- und Siedlungsgenossenschaften unterstützen und Hypotheken an Private vergeben soll. Die Spargelder der Genossenschaftsmitglieder, heute noch größtenteils Arbeiter, sollen also an das Bürgertum weitergegeben werden, damit es neue Waffen gegen die Arbeiterklasse schmieden kann. Die Genossenschaftsbewegung ist heute nichts mehr als ein Wall gegen den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Im übrigen werden sich die Herrschaften täuschen wenn sie glauben die Revolutionen und den Sozialismus dadurch zu verhindern, wenn sie einigen Tausend Arbeitern Klitschen bauen. Diese Veteranen der kleinbürgerlich-denkenden Arbeiteraristokratie sind längst für den Klassenkampf verloren. Und das Gros der Arbeiterklasse wird so zurechtrationalisiert werden, daß es auch Konsumvereine und „Soziale" Bauhütten als Hemmschuh gegen ihre Befreiung erkennen und mit dem Kapitalismus zusammen beseitigen wird.

Halloh! Berlin baut Wohnungen!

Aber nur 8000

d. h. weniger, als der jährlich neu hinzutretende Bedarf.

Die verkauften Bauarbeiter.

Berlin, das „rote", macht Ernst mit dem Wohnungsbau. Der Magistrat hat einem Projekt zugestimmt, nach dem die Bewoag (Berl. Wohnungsfürsorge AG.) 8000 neue Wohnungen mit Amerika kredieten und Hauszinssteuern finanzieren will. Der Haushaltungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung, in seiner Mehrheit auch „rot", hat dem Plane ebenfalls unter gewissen noch zu schaffenden Voraussetzungen seine Zustimmung erteilt, und zuletzt auch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 15. September.

Es sollen 3400 2½-Zimmer-Wohnungen 4400 3½-Zimmer-Wohnungen und 524 4½-Zimmer-Wohnungen gebaut werden. Auch die 2½-Zimmer-Wohnungen sollen Bad erhalten. Die ganze Chose ist aber davon abhängig, daß der Reichsfinanzminister und die Beratungsstelle für Auslandsanleihen die Befreiung von der Kapitalertragssteuer im Betrage von 756 000 Mark gewährt und vom Effektenstempel statt 2 Millionen Mark nur 500 000 Mark erhoben werden. Die Stadt Berlin die „rote", verpflichtet sich, dem Bankapital aus den Steuern der Dachkammern-, Keller- und Höhlenbewohner, 2,84 Millionen Mark zu schenken.

Die ganze Geschichte hat für die „Roten" und für die Bankapitalisten den Vorteil, daß sie ein großer Bluff ist. Die 2½-Zimmerwohnungen sollen 60, die 3½-Zimmerwohnungen 100, und die 4½-Zimmerwohnungen 150 Mark monatlich kosten. Die Bauarbeiter, die die Wohnungen bauen werden, werden sie nicht beziehen können, weil sie nicht imstande sind, die Mieten aufzubringen; erst recht nicht das Heer der Wohnungslosen, die exmittiert sind, weil sie keine, resp. die in den alten, „billigen" Wohnungen schon zu hohe Miete nicht aufbringen konnten. Die Wohnungen werden also bestimmt sein für die honetten Kleinbürger und Beamten, höchstens noch für Gewerkschaftsbeamte, soweit diese noch nicht ihre Villa in Ulenhorst oder an den märkischen Seen haben.

Und überhaupt die „2½-Zimmerwohnungen"! Das ist nämlich Spaß. Es sind Puppenstübchen, für die erst extra neue Miniaturmöbelchen angeschafft werden müssen, Bettchen in Zimmerchen, wo man die Beine durch die Tür oder durchs Fenster stecken muß, wofern man sie nicht unterm Kinn festbinden will. Eine Reklamesache für die Dollargeber, ihnen neuen Mut zu machen und Beruhigungspillen für die Bauarbeiter, die seit Jahren nach Strich und Faden geschröpft und über den Löffel barbiert werden zugleich. Die „Bewoag" das ist nämlich der großkapitalistische Haberlandkonzern, der die „Sozialen Bauhütten" gekauft hat. Diese famose Bewoag ist so eine „soziale" Einrichtung, wofür die Kapitalisten die Dividenden beziehen und die Baugewerkschaftsbündler und andere die nicht alle werden, Jahre hindurch Beiträge zahlen und auf den Bauten schuften sich die Proleten krumm und dumm in der irrigen Meinung, daß diese „Einrichtung" ihnen gehöre. Dafür bekommen dann die Gewerkschaftsapparate ihre Stipendien und die arbeitslosen Bauarbeiter kampieren im Winter in irgend welchen Höhlen oder im Obdachlosenasyl.

Die „8000 neue Berliner Wohnungen" wären auch dann noch nichts weiter als ein großangelegter demokratischer Betrug, selbst wenn sie für Arbeiter gebaut und von ihnen bezahlt werden könnten. In Berlin sind bereits aus den Mitteln der Hauszinssteuer mehr als 25 000 neue Wohnungen gebaut worden, ohne daß die Wohnungsnot um ein Jota zurückgegangen wäre. In Berlin sind noch rund 100 000 wohnungslose Wohnungsuchende. Der Wohnungszugang beträgt nämlich nicht weniger als der neuhinzutretende Bedarf durch Eheschließungen, Zuzug und Wohnungsabgang infolge Verfall. Wie der „Vorwärts" vom 16. September (Morgenausgabe) berichtet, hat der SPD.-Stadtrat Wutzki in der oben erwähnten Stadtverordnetenversammlung von 9000 Wohnungsuchenden gesprochen. Laut der Wohnungszählung im Frühjahr d. Js. gibt es aber in Berlin fast 100 000 (hunderttausend) wohnungslose Familien.

Der Kapitalismus kann ebensowenig das Wohnungsproblem lösen, als er den Arbeitern ihr übriges leibliches, geistiges und seelisches Wohl befriedigen kann. Nach der Wohnungszählung im Mai d. Js. zählte Berlin 1 212 491 Wohnungen und 4 024 165 Einwohner. Mit den Wohnungen von 4 bis 20 und mehr Zimmern ergeben sich sicher mehr als 4 Millionen Zimmer. Es kommt also schon jetzt in Berlin auf jeden Menschen reichlich ein Zimmer nebst Zubehör. Wenn sich die Proletarier ihrer Macht bewußt wären und diese als organisierte Klasse anwenden würden, so kann schon heute jeder Wohnungsnot, wie überhaupt jeder Not ein Ende bereitet werden. Die Parasiten aus den Villen und Palästen könnten sich ja neue Wohnungen bauen. Es wird gutmütige Arbeiter genug geben, die sie im Ziegelbrennen und Holzfällen unterrichten werden.

•

Ein deutsches Baumaterialienkartell.

Sämtliche Verbände der deutschen Dachziegelindustrie haben sich zu einem einzigen Verbande, dem „Verband der deutschen Dachziegelindustrie zusammengeschlossen. Dieser wieder ist mit dem „Reichsverband der deutschen Ziegel- und Tonindustrie ein enges Verhältnis eingegangen, das sich bis zu einer Personalunion beider Reichsverbände erstreckt. Durch diese Fusion ist die gesamte deutsche Rohstoffindustrie für das Baugewerbe zu einem einzigen Preiskartell zusammengeschlossen und somit jede Konkurrenz ausgeschaltet. Diese Herrschaften sind es, denen Reich, Staaten und Gemeinden die Steuergelder der Arbeiter und die Erwerbslosen„fürsorge" die Beiträge zu dieser in Gestalt der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und die Städte die Wohnungszinssteuer in den Rachen werfen und das dann als Notstandsaktion für Arbeiter und Arbeitslose ausgeben. Durch das Preisdiktat dieser Handvoll Kapitalisten wird dem Reich das Maß der Steuern und der Beiträge für die „soziale Fürsorge" vorgeschrieben und den Arbeitern durch diese und durch die Wohnungsmieten die Löhne ganz nach Belieben gekürzt.

Ein japanischer Spinnereitrust in China.

In China beabsichtigen sich sämtliche japanische Spinnereien, etwa 15 an der Zahl, zu einem einzigen Trust zusammenzuschließen. Die japanischen Spinnereien in China, die die Mehrheit der Spinnereien in China überhaupt ausmachen, liegen sämtlich in Shanghai und Umgebung und repräsentieren ein Grundkapital von 100 Millionen Yen oder ca. 250 Millionen Mark. Die japanischen Spinnereien des Südens und Tsingtaus beabsichtigen sich ebenfalls zusammen und jenen anzuschließen, falls die Schanghaier Fusion zustande kommt.

Die Vertrustung des japanischen Baumwollkapitals in China ist die Antwort auf die Lohnkämpfe der Arbeiter. Den Arbeitern steht nunmehr eine einzige Kapitalsmacht gegenüber, die es in der Hand hat, sie nach Herzenslust streiken zu lassen, bis sie vor Hunger in die Betriebe zurückkommen. Denn den Einzelstreiks wird künftig die Gesamtaussperrung folgen, oder aber, falls dies das Profitbedürfnis erfordert, werden die bestreikten Unternehmen vom Trust unterstützt, resp. die Kundschaft mit Waren beliefert. Die Lohnstreiks der chinesischen Arbeiter werden damit dieselbe Bedeutung erlangen wie die Nadelstichtaktik der europäischen Gewerkschaften: Während der eine Teil der Arbeiter sich kaput streikt, treiben die andern Arbeiter zur Unterstützung des Kapitals Streikbruch.

Die Kapitalskonzentrationen in China wie überhaupt im fernen Osten haben aber auch für das deutsche Proletariat ihre Bedeutung. Sie bezwecken auch eine Technisierung und Steigerung der Produktivität und damit eine Erhöhung der Konkurrenzkraft. Das emporstrebende Kolonialkapital verdrängt immer mehr europäische Waren, wirft in Europa Arbeiter auf die Straße und kürzt ihnen die Löhne.

England auch ein Arbeiterstaat?

Der bekannte englische Wirtschaftspolitiker I. M. Keynes hielt in der Sommerschule der englischen liberalen Partei einen interessanten Vortrag über das Vermögen der „Oeffentlichen Hand". Danach beträgt dieses schon 3,5 Milliarden Pfund Sterling oder rund 70 Milliarden Mark. Ungefähr zwei Drittel des Gesamtkapitals der englischen Großunternehmen befinden sich bereits im Besitz des Staates, der Gemeinden und anderer „unter Ausschaltung des Profitstrebens wirken den Organisationen". Das Kapital der Eisenbahnen, die sich in England in Privatbesitz befinden, ist nicht mitgerechnet. Die Lohn- und Tarifpolitik dieser aber steht ebenfalls unter staatlicher Kontrolle.

England ist also so ganz unter der Hand und im stillen, so gewissermaßen auf kaltem Wege „sozialisiert" worden, ohne viel Aufhebens. Damit ist bei John Bull der „Sozialismus" schon ein ganz Stück weiter marschiert als bei den Bolschewiken. Beide Länder ähneln sich darin, daß sie die größten Arbeitslosenziffern der Welt aufweisen: in beiden haben die Arbeiterlöhne sinkende und die Bedrückung der Arbeiterklasse steigende Tendenz. Das hat seine Ursache darin, daß der Staatskapitalismus als konzentriertes Machtzentrum eine größere Gewalt über die Arbeiter hat, diese aber, infolge der Einpaukung ihrer Gewerkschaften, noch obendrei glauben, daß der Sozialismus marschiert.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Schöneberg. Freitag, den 23. September findet eine kombinierte Mitgliederversammlung der Partei und Union bei Schünemann, Sedanstr. 19, abends 8 Uhr statt. Tagesordnung: Die nächsten Aufgaben des Unterbezirks. Das Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Der Unterbezirksarbeitsausschuß ½ Stunde früher.

Wilmersdorf.

Am **Freitag, den 23. September, abends 7.30 Uhr**, findet im Heim, Eisenzahnstraße 28, ein **Oeffentlicher Diskussionsabend** statt. Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage." Genossen erscheint zahlreich!

Jugend!

Kampftag der Kommunistischen Jugend

am **Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25. September 1927 in Fürstenwalde.**

Alle Partei- und Unionsgenossen werden gebeten, die Jugendkundgebung zu unterstützen. Treffpunkte und Näheres bei den Gruppenobleuten der KAJ. und in der nächsten Nummer der KAZ. Der BAA. der KAJ.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

8. Jahrg. Nr. 73

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 21. September 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Hermann Gorter

In der Nacht vom 15. zum 16. September ist Genosse Hermann Gorter in Brüssel gestorben. Eine Erholungsreise nach der Schweiz sollte ihm neue Kraft geben, doch mußte er sie unterbrechen und hat Holland nicht mehr erreicht.

Mit Hermann Gorter läßt ein Kämpfer die Fahne sinken, wie sie im internationalen Proletariat zu wahren Raritäten geworden sind. 1898 schloß er sich der Sozialdemokratie an. Als diese sich schon vor dem Kriege spaltete, ging er mit den Linken. Bei Ausbruch des Krieges stand er an der Seite der Internationalisten gegen den Krieg. Die russische Revolution fand ihn auch auf dem Posten, und für die Revolution kämpfte er bis zu seinem letzten Atemzuge. Den Arbeitern wurde Genosse Gorter außerdem noch durch seine Schriften bekannt. Sein „historischer Matrialismus" gehört zu den wertvollsten Büchern auf diesem Gebiet, weil Gorter es in einer ausgezeichneten Weise verstand, die für die Arbeiter oft schwer zu bewältigenden Fragen in einer Art darzustellen, daß sie dem einfachsten Arbeiter verständlich wurden. Von seinen Schriften seien außerdem genannt: „Der Imperialismus, der Weltkrieg, und die Sozialdemokratie." „Die Weltrevolution". „Kommunismus gegen Reformismus". „Kommunismus gegen Anarchismus". „Kommunismus". „Die Grundlage des Kommunismus". „Klassenmoral". „Offener Brief an den Genossen Lenin" u. a. m.

Zwei weitere Bücher standen kurz vor der Vollendung: eine Neubearbeitung des „Historischen Materialismus", sowie ein Werk über den Leninismus.

Hermann Gorter fand in Anton Pannekoek, der ihm mit tiefgreifender Analyse zur Seite stand, eine vorzügliche Ergänzung. Gemeinsam mit ihm hat er die Befürchtungen, die schon Rosa Luxemburg über die russische Revolution 1918 signalisierte, näher untersucht, und bei der Schwenkung der III. Internationale zum Parlamentarismus und Opportunismus den Kampf gegen sie aufgenommen. Ein Kampf, der naturnotwendig keine sofortigen „Erfolge" bringen konnte. Trotz hartnäckiger Krankheit reiste er im Jahre 1920 mit einer Delegation der KAPD. nach Moskau, um die Beschlüsse des III. Weltkongresses zu beeinflussen, was natürlich mißlang.

Der Zwang, gegen die III. Internationale ankämpfen zu müssen, die zugleicher Zeit die Herzen von Millionen höher schlagen ließ, war für Hermann Gorter die schwerste Pflicht, die er wohl als Kämpfer auf sich nahm. Aber er nahm diesen Kampf gemeinsam mit der KAPD. auf, weil er ihn als heilige Pflicht erkannte. Sein Büchlein: „Offener Brief an Lenin", das schon 1920 geschrieben wurde, legt Zeugnis davon ab, mit welcher Schärfe Gorter die Entwicklung in Rußland voraussah. Es legt auch — trotzdem es vielen KPD.-Arbeitern gar nicht bekannt ist — Zeugnis davon ab, daß Gorter den Arbeitern mehr geben konnte wie Lenin. Nur waren die Kampfbedingungen der beiden grundverschieden. Lenin als der Ausdruck einer Revolution — die jedoch auf Grund der Klassenkräfte, von denen sie getragen war, zu keiner sozialistischen werden konnte, die aber mit ihrem roten Schein scheinbar alle Kritik verblassen ließ. Gorter als Analytiker der Agrarrevolution in Rußland, nüchtern, einfach, ohne Pathos, und der Wegweiser zu neuen Mitteln im Kampf um die proletarische Revolution. Der Leninismus hat bereits sein Jena erlebt, und geblieben ist, als einziger Halt des aufs neue enttäuschten Proletariats, der revolutionäre Marxismus, als einzig brauchbares Rüstzeug im Kampf gegen den Kapitalismus bis zu seiner Ueberwindung. Diese unbeirrbare Treue zum Proletariat, diese absolute Unbestechlichkeit in einer Zeit der scheinbar hoffnungslosesten Isolation war die Größe des alten Kämpfers.

Die KAPD., die Hermann Gorter am Grabe grüßt, ihn grüßt zum letzten Mal, ist weit davon entfernt, in einen schleimigen Personenkult nach sozialdemokratischer Art zu verfallen. Uns tut das Scheiden weh, weil derer, die dem Proletariat das Rüstzeug schmieden helfen, gar zu wenige geworden sind. Trotzdem die bittere Wahrheit eine Wahrheit bleibt, daß das Werk des Proletariats sein eigen Werk sein muß, vergessen wir nicht, was es 1920 für die KAPD. bedeutete, daß einige wenige alte Kämpfer unbestechlich blieben, um der KAPD., jener jungen Partei, die so gewaltige Aufgaben zu lösen hatte, mit ihrem marxistischen Rüstzeug, mit ihrem Wissen, mit ihrem Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wo alles nach Regierungsesseln und Futterkrippen drängte, die Korruption in den Moskauer Parteien, die der Sozialdemokratie noch übertraf, war jede Kraft von noch weit größerem Wert, die mit uns den langen opferreichen Weg des kompromißlosen Klassenkampfes ging, und sich nicht scheute, einer „Sekte" anzugehören. Gar manchen Strauß haben auch wir mit dem alten Kämpfer ausgefochten, ein Kampf jedoch, der der Sache diente.

Das, was Gorter und Pannekoek säten in einer Zeit, wo der Boden von rotem Opportunismus überwuchert war, das revolutionäre Proletariat selbst geblendet war von einem trügerischen Schein, beginnt jetzt erst zu reifen, wird in Zukunft erst an seinen Früchten erkannt und beurteilt werden können. Mitten in der Krise der III. Internationale geben in Holland einige Revolutionäre dem alten Kämpfer das letzte Geleit. Noch sind wir wenige, — aber die Arbeiter der III. Internationale spucken bereits die giftigen Früchte aus, die am Baum des Leninismus wuchsen, sie schmecken in ihnen bereits deutlich das sozialdemokratische Gift. Diese Götterdämmerung des Leninismus und der mutige Kampf der „kleinen KAPD." in Deutschland waren Hermann Gorter der schönste Lohn, den er noch erlebte. Noch einmal raffte er alle Kräfte zusammen um zu helfen, die Sache vorwärts zu bringen. Aber ein altes heimtückisches Magenleiden rang schon jahrelang mit einer eisernen Arbeitsenergie und härtesten Selbstdisziplin, bis ein Herzschlag einem langen und inhaltreichen Kämpferleben ein Ende setzte.

Tannenberg

Eine offene Rebellion des deutschen Imperialismus

Der kaiserliche Generalfeldmarschall von Hindenburg, zurzeit Präsident der Demokratischen Republik hat in dem „geretteten" Ostpreußen bei der Einweihung des „Tannenberg-National-Denkmal" den offiziellen Kurs des friedlichen Deutschlands abgesteckt. Die Reichsregierung hat ihm dazu sekundiert. Wer kennt nicht die Weise, kennt nicht den Text. Der „innere Hader" soll vergessen sein, das Alte soll geehrt werden. Eine Million Toter und Millionen Krüppel werden als Zeugen aufgerufen dafür, daß der deutsche Militarismus „das Schwert mit reinen Händen" führte. Der deutsche Militarismus prophezeit schon die Stunde, wo er „keine Parteien, sondern nur noch Deutsche" kennt. Wo das Vaterland in Gefahr ist. Noch kann er nicht offen die pazifistische Maske abwerfen. Noch steht er, Helm ab zum Gebet und stöhnt:

„Segne unser deutsches Volk. Um der gefallenen Brüder willen schenke uns Einigkeit und Friede und Freiheit. Schütze und schirme unsere Heimat und unser deutsches Vaterland. **Wir halten treu zu dem Alten, wenn es sich als gut erweist. Wir alle stehen treu zu ihm bis in den Tod. Jetzt bricht die Not das Eisen, einst bricht das Eisen die Not. Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen."**

•

Das deutsche Proletariat hört hier Klänge, die ihm außerordentlich traulich in den Ohren klingen müssen. Doch so blutig auch die Erfahrungen des Tanzes waren, zu dem man ihm mit dieser Musik aufspielte, so darf es doch nicht vergessen, daß die „Völkervesöhnung" bereits einen Grad erreicht hat, wo die großen Konturen eines neuen „Stahlbades" immer deutlicher am Horizont hervortreten. Der kapitalistische Wiederaufbau hat einen Grad erreicht, der es dem deutschen Imperialismus ermöglicht, offen gegen das Versailler Diktat zu rebellieren, ohne befürchten zu müssen, von der einheitlichen Front der ehemaligen „Feinde" in die Schranken gewiesen zu werden. Die Zerrissenheit dieser Front der Friedenswächter erlaubt ihm schon, einige starke Töne zu riskieren. Vor uns steht der kaiserliche Generalfeldmarschall und nimmt die Sozialdemokratie beim Wort. Der nationalistische Pöbel rast. Der 2. Oktober soll die nationalistische Nebelwelle ein groß Stück vorwärts bringen.

In Genf wurde jenes „Ostlocarno", daß den deutschen Imperialismus gen Osten so unerbittlich an erzwungene Landesgrenzen bindet wie im Westen, offen gelassen. Hier nach dem Osten hofft man, bei der gegebenen günstigen Konstellation die Friedensentschädigungen erzwingen zu können. Die Siegessäule an den Masuren-Seen, wo Hunderttausende wie Heuschrecken ersoffen, soll dafür ein Wahrzeichen sein.

Die Sozialdemokratie hört klopfenden Herzens die Sprache dessen, der die Geschäfte ihres Ebert übernahm. Sie hat nichts gegen diese vaterländische Tat. Sie ist nur der Meinung, daß die Aufrollung der „Schuldfrage", die zweifellos „ungerecht" gelöst sei, „unklug" und schädlich sei, weil die Zeit zur radikalen Aufrollung des Versailler Friedens noch nicht gekommen sei. Sie gibt zu, daß die „Vernunft" sich Bahn brechen muß, nur soll man eben nicht mit dem Säbel rasseln, wenn man noch nicht stark genug ist, zuzuschlagen. Man soll warten, noch um ein weniges. Man soll die Zeit arbeiten lassen, um den Erfolg nicht in Frage zu stellen. — Der französische Imperialismus beantwortete diese Demonstration mit einem „Nationalfeiertag" zu Ehren der amerikanischen Legion, und die Regierer aller Länder setzen ihren Erschlagenen Denkmäler und „weihen" sie mit denselben Reden. Ueberall der Schrei nach „Sicherheit". Und überall steht die Sozialdemokratie auf dem Sprunge, das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich zu lassen. — Die Aufrüstung marschiert. Man nennt sie „Völkerversöhnung".

•

Kowno, 19. September. (TU.)

Nach Meldungen aus Moskau hat die Rede Hindenburgs in Moskau **größten Eindruck** hervorgerufen. Es wird hervorgehoben, **daß Hindenburg die populärste Person in Deutschland sei.** Die Aeußerungen **dieser überragenden Persönlichkeit** (!!) über die Kriegsschuldfrage seien nicht nur der Sache der Gerechtigkeit, **sondern der nationalen Ehre gewidmet. Eine größere Autorität, als diejenige Hindenburgs in jener Frage, sei wohl kaum denkbar.**

Die „Rote Fahne" hat in ihrem Eifer einen ihrer berühmten offenen Briefe an den ADGB. und SPD. geschickt, um zum 2. Oktober zu einer Gegendemonstration aufzurufen. Wenn die SPD. und der ADGB. natürlich nicht „müssen", von wegen dem „Druck der Massen", dann bleibt es natürlich dabei. Weil die Herrschaften wissen, daß damit auf keinen Fall zu rechnen ist, sind sie heute schon vollkommen beruhigt. Sie haben ja nur die Aufgabe, die Massen abzulenken von den wirklichen Tatsachen.

Jedes Kind weiß, wie Moskau um die Gunst des deutschen Imperialismus wirbt, wie ängstlich es jedes Wort Stresemanns verfolgt, wie sehnlich es einen Konflikt des deutschen mit dem französischen Imperialismus herbeiwünscht, um so selbst das Bündnis mit dem deutschen Imperialismus enger zu gestalten, die „Sowjet"front festigen zu können. Das Zusammenwirken der Reichswehr mit den Rotarmisten, das das Werk krönen soll, und für das sich Klara Zetkin 1925 im Reichstag so warm einsetzte, wird wieder zur lockenden Aufgabe. Klara Zetkin ist bereits mit großem Jubel empfangen worden, und wenn sie nach Deutschland kommt, kommt sie nie ohne gewichtige Informationen. Die Massen mögen nach dem ADGB. und nach der SPD. stieren, mögen hineingehen in die Gewerkschaften, damit sie den gar nicht ernst gemeinten Phrasen der KPD. nicht Folge leisten brauchen wenn der ADGB. nicht will. Damit man sie ideologisch vergiften, ihnen das Rückgrat brechen kann. Der RFB. wird systematisch darauf eingestellt, im kommenden Krieg in das weiße Heer einzutreten, um es — o heilige Einfalt! — zu „zersetzen". Währenddessen wird, — wenn alles klappt, das Bündnis Hindenburgs, „dieser überragenden Persönlichkeit", mit Stalin, „dieser überragenden Persönlichkeit", vorbereitet, um die Massen für den deutsch-russischen Kapitalismus zur Schlachtbank zu führen.

Wenn sie nicht rechtzeitig begreifen, daß das Proletariat kein Vaterland hat, auch das russische nicht mehr, und daß sie die Katastrophe nur durch die Revolution abwehren können.